

Kriegsdienstverweigerung in der Türkei



Connection e.V.



Impressum

Broschüre

Kriegsdienstverweigerung in der Türkei

15. Mai 2021

Die Broschüre erscheint zum Internationalen Tag der Kriegsdienstverweigerung in viersprachiger online-Ausgabe.

Titelbild

Demonstration in Istanbul;
Foto: VR-DER

Titelgestaltung und Lay-out

Rudi Friedrich, Connection e.V.

ISSN 2512 6067

Download

Deutsch: www.Connection-eV.org/pdfs/kriegsdienstverweigerung-tuerkei-2021.pdf

English: www.Connection-eV.org/pdfs/conscientious-objection-turkey-2021.pdf

Türkçe: www.Connection-eV.org/pdfs/vicdani-ret-turkiye-2021.pdf

Français: www.Connection-eV.org/pdfs/objection-de-conscience-turquie-2021.pdf

Herausgeber

Connection e.V.

Von-Behring-Str. 110
D-63075 Offenbach
Tel.: +49 (0)69 8237 5534
office@Connection-eV.org
www.Connection-eV.org

Union Pacifiste de France

BP 40 196
F-75624 Paris Cedex 13
Tel. +33 (0)1 4586 0875
union.pacifiste@orange.fr
www.unionpacifiste.org

War Resisters' International

5 Caledonian Road
GB-London, N1 9DX
Tel: +44-20-7278 4040
info@wri-irg.org
www.wri-irg.org

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	4
Ministerkomitee des Europarates Zur Situation der Kriegsdienstverweigerer in der Türkei	6
Ercan Jan Aktaş Geschichte der Kriegsdienstverweigerung in der Türkei	8
Rudi Friedrich Kriegsdienstverweigerung und Asyl	12
Beran Mehmet İşçi Wie es ist in Europa als Kriegsdienstverweigerer aus der Türkei?	21
Halil Savda Meine Erfahrungen in der Kaserne	27
Mertcan Güler Mit den Gezi-Protesten fing es an	35
Onur Erden Ich verweigere!	37
Franz Nadler 25 Jahre Solidarität mit Kriegsdienstverweigerern aus der Türkei	51
Vicdani Ret Derneği	66
Über die Herausgeber*innen	67

Rudi Friedrich
Connection e.V.

Vorwort

In der Türkei hatten Anfang der 1990er Jahre die ersten öffentlich ihre Kriegsdienstverweigerung erklärt und sind gegen Krieg, Militär und Zwangsdienst aufgestanden. Zuerst waren es nur wenige, die sich dazu entschlossen, an die Öffentlichkeit zu gehen, wie Vedat Zencir, Tayfun Gönül oder Osman Murat Ülke. Inzwischen gibt es weit mehr als 1.000 Wehrpflichtige, die ihre Kriegsdienstverweigerung erklärten. Darüber hinaus haben sich Hunderttausende auf andere Art und Weise der Wehrpflicht entzogen oder sind untergetaucht. Einige Hundert haben aufgrund der drohenden Verfolgung im Ausland Asyl gesucht.

Diese Broschüre erscheint 30 Jahre nach den ersten öffentlichen Verweigerungserklärungen. Sie zieht Resümee, beschreibt die Solidaritätsarbeit für die Kriegsdienstverweigerungsbewegung aus dem Ausland und sie lässt Verweigerer zu Wort kommen, die zum Teil über Jahre hinweg in der Türkei aktiv waren und nun ins Exil gegangen sind.

Die Broschüre erscheint zugleich zum 15. Mai 2021, dem Internationalen Tag der Kriegsdienstverweigerung. Viele weitere Veranstaltungen, Videos und Aktionen werden den Verweigerern aus der Türkei in der ganzen Welt Gehör verschaffen. Mehr dazu unter <https://de.Connection-eV.org/KDV-Tag2021> und www.wri-irg.org/en/CODay2021.

Weiter kein Recht auf Kriegsdienstverweigerung

Inzwischen ist die Türkei das einzige Mitgliedsland des Europarates, das das Recht auf Kriegsdienstverweigerung nicht anerkennt. Durch verschiedene Maßnahmen sollen Kriegsdienstverweigerer zur Ableistung des Militärdienstes gezwungen werden. So sehen sie sich ständigen Haftbefehlen ausgesetzt, einer lebenslangen Verfolgung und Inhaftierung. Darüber hinaus befinden sie sich in einem Zustand des „Zivilen Todes“, mit dem sie aus dem sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben ausgeschlossen sind.

Zur Wehrpflicht und auch zur Länge des Militärdienstes gab es gesetzgeberische Schritte. So wurde der Militärdienst 2019 für Wehrpflichtige mit dem neuen Rekrutierungsgesetz auf sechs Monate reduziert. Der vor einigen Jahren von der HDP (Demokratische Partei der Völker) vorgelegte Gesetzentwurf zur Kriegsdienstverweigerung war hingegen mit den Stimmen der Regierungspartei sowie anderer Parteien abgelehnt worden. Auch im Gesetzgebungsverfahren für das neue Gesetz 2019 wurden Vorschläge der HDP abgelehnt. Infolgedessen findet sich dort nichts zum Recht auf Kriegsdienstverweigerung.

Es gibt eine Besonderheit in der Türkei: Die Ersatzzahlung zur Verkürzung des Militärdienstes für Wehrpflichtige. Nach Artikel 9 des Rekrutierungsgesetzes ist es durch Zahlung eines Betrages von umgerechnet

etwa 5.000 € möglich, den Militärdienst auf einen Monat zu reduzieren. Da dies aber weiterhin eine militärische Ausbildung einschließt, stellt die Ersatzzahlung keine Möglichkeit für Kriegsdienstverweigerer dar.

Strafverfolgung und Ziviler Tod

In der Türkei werden Kriegsdienstverweigerer als Militärdienstentzieher kriminalisiert. Es wird ein dauerhaft gültiger Haftbefehl ausgestellt. Dadurch können sie bei jeder Ausweiskontrolle durch Polizei oder Gendarmerie festgenommen werden. Nach der ersten Festnahme wird eine Geldstrafe verhängt. Sie erhalten zugleich eine neue Einberufung und sind damit weiter wehrpflichtig. Wenn die Verfügung über die Geldstrafe in Kraft getreten ist, hat jede weitere Festnahme ein neues Verfahren nach Artikel 63 des Militärstrafgesetzbuches zur Folge. Der Kriegsdienstverweigerer kann dann mit zwei Monaten bis zu drei Jahren Haft oder zu einer Geldstrafe verurteilt werden, was derzeit die Regel ist.

Zudem sind sie durch den Teufelskreis aus Verhaftung, Strafverfahren und erneuter Rekrutierung im Verbund mit einer lebenslang gültigen Wehrpflicht einem „Zivilen Tod“ ausgesetzt, ein Begriff, den der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte im Urteil Ülke gegen Türkei

(Ülke v. Turkey, application no. 39437/98) prägte.

Kriegsdienstverweigerer können weder im öffentlichen noch im privaten Sektor arbeiten, da es als Straftat angesehen wird, Militärdienstentzieher zu beschäftigen. Verweigerer sind so dazu gezwungen, arbeitslos zu bleiben oder illegal in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen zu arbeiten. Kriegsdienstverweigerer haben auch kein Recht an einer Wahl teilzunehmen oder für eine Wahl zu kandidieren. Weil jede Verhaftung eine weitere Strafverfolgung nach sich zieht, müssen Kriegsdienstverweigerer Aktivitäten im sozialen, wirtschaftlichen, juristischen und kulturellen Bereich vermeiden: Sie können keine Reisepässe



Verbrennung von Militärdokumenten 2014. Foto: Vicdani Ret Derneği

Ministerkomitee des Europarates

Zur Situation der Kriegsdienstverweigerer in der Türkei

Die Abgeordneten (des Ministerkomitees)

1. erinnerten daran, dass diese Fälle die wiederholten Strafverfolgungen und Verurteilungen von Antragstellern betreffen, die sich als Pazifisten und Kriegsdienstverweigerer geweigert haben, den im Rahmen der Wehrpflicht zu erfüllenden Militärdienst abzuleisten, wodurch sie dazu gezwungen sind, ein geheimes Leben zu führen, was zu einem „Zivilen Tod“ führt; zugleich gibt es kein Verfahren um ihren Status als Kriegsdienstverweigerer feststellen zu lassen.

Bezüglich einzelner Maßnahmen

2. stellten fest, dass die Antragsteller Mehmet Tarhan, Caglar Buldur, Enver Aydemir, Feti Demirtas, Nevzat Umdu, Barış Görmez und Halil Savda nicht länger der Wehrpflicht unterliegen;
3. äußerten tiefe Besorgnis darüber, dass Osman Murat Ülke, Yunus Erçep und Ersin Ölgün immer noch als Militärdienstentzieher gelten und weiterhin der Situation des „Zivilen Todes“ unterliegen und forderten die Behörden nachdrücklich auf, unverzüglich alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass diese drei Antragsteller nicht länger wegen ihrer Weigerung Militärdienst abzuleisten strafrechtlich verfolgt oder verurteilt werden;
4. forderten die Behörden auf, bis zum 1. September 2020 zu klären, und falls notwendig die erforderlichen Schritte umzusetzen, um sicherzustellen, dass allen aus den Verletzungen gegen die neun Antragsteller folgenden Konsequenzen abgeholfen wird, nämlich die Erstattung der Geldstrafen, Aufhebung der Haftbefehle für frühere Strafen, Löschung des Strafregisters und schließlich, dass keiner der Antragsteller weiter dem Risiko einer Strafverfolgung und Inhaftierung ausgesetzt ist, weil er sich weigert, im Zusammenhang mit seiner Kriegsdienstverweigerung erhobene Geldbußen zu zahlen;
5. forderten die Behörden ferner auf, Informationen über den Ausgang des Strafverfahrens gegen Mehmet Tarhan und über das Strafverfahren gegen die Täter im Falle der Misshandlung von Enver Aydemir vorzulegen.

Bezüglich allgemeiner Maßnahmen

6. bedauerten, dass trotz der Zusage der Behörden bei früheren Überprüfungen des Komitees, Gesetzesänderungen voranzutreiben, keine Fortschritte erzielt wurden; forderten die Behörden daher auf, bis zum 21. Juni 2021 einen Aktionsplan mit konkreten Vorschlägen zu Maßnahmen vorzulegen, um die Feststellung des Gerichtshofes zu dieser Gruppe von Fällen zu berücksichtigen;
7. forderten die Behörden ferner auf, statistische Informationen über die Anzahl der Kriegsdienstverweigerer in der Türkei sowie über Geldbußen, Strafverfolgungen und Verurteilungen vorzulegen, die in diesem Zusammenhang seit der Rechtskraft des Urteils Ülke 2006 verhängt wurden.

Committee of Ministers: H46-40 Ülke group v. Turkey (Application no 39437/98), 13377th meeting, 4. Juni 2020, CM/Del/Dec(2020)1377/H46-40. Übersetzung: Rudi Friedrich. Quelle: https://search.coe.int/cm/Pages/result_details.aspx?ObjectId=09000016809e8f6e

oder Führerscheine beantragen. Jeder Aufenthalt in Hotels, Reisen, Benutzung des öffentlichen Nahverkehrs, Besuchen von Behörden und vieles mehr kann zur Verhaftung führen. Sie sind so dazu gezwungen, ein Leben im Untergrund zu führen.

Da es trotz der Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte keine Änderungen gibt, hat zuletzt im Juni 2020 das Ministerkomitee des Europarates, das über die Umsetzung der Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofes wacht, Stellung bezogen. Wir dokumentieren den Beschluss auf [Seite 6](#).

Diese Situation trifft auch auf die Wehrpflichtigen zu, die sich geweigert haben, zur Armee zu gehen, aber bislang ihre Kriegsdienstverweigerung nicht öffentlich erklärt haben.

Hinzu kommt, dass ihre öffentlichen Äußerungen, z.B. auf Pressekonferenzen, Aktionen oder auch in den Sozialen Medien strafrechtlich verfolgt werden können. Nach Artikel 318 des Türkischen Strafgesetzbuches ist die „Distanzierung des Volkes vom Militär“ unter Strafe gestellt. Auch eine Strafverfolgung wegen „Propaganda für eine terroristische Organisation“ auf Grundlage von Artikel 7/2 des Anti-Terror-Gesetzes ist möglich. Beide Strafandrohungen wurden in den vergangenen Jahren gegen Kriegsdienstverweigerer und Aktive für Frieden und Menschenrechte angewandt.

Der Weg ins Exil

Die Situation in der Türkei führt dazu, dass immer wieder Kriegsdienstverweigerer im europäischen Ausland Schutz und Asyl suchen. Hier müssen sie allerdings erleben, dass die Verfolgung wegen Kriegsdienstverweigerung in der Regel nicht als Asylgrund gilt. Üblicherweise wird die Verfolgung als legitime Maßnahme zur Aufrechterhaltung der Wehrpflicht gewertet. Dann droht ihnen die Abschiebung an die Kriegsherren in der Türkei. Das ist ein unerträglicher Zustand. Welche Grenzen und Möglichkeiten das Asylverfahren hat, das wird im Beitrag [Kriegsdienstverweigerung und Asyl](#) ausgeführt.

Ein Schwerpunkt dieser Broschüre sind die Berichte der Kriegsdienstverweigerer, die ins Exil gegangen sind. Sie zeigen die alltägliche Realität des Militarismus in der Türkei. Beran Mehmet İççi, Ercan Aktaş, Halil Savda, Mertcan Güler und Onur Erden machen deutlich, wie wichtig ihnen ihre Entscheidung gegen Krieg und Gewalt ist und welchen Repressionen sie deshalb ausgesetzt waren. Trotz all der Haft, Folter und Repressionen, die sie erlitten haben, strahlen die Berichte etwas Positives aus: Für eine Welt ohne Krieg, Unterdrückung, Militär und Gewalt. ■

Gutachten in Arbeit

In Kürze erscheint das Gutachten „Conscientious Objection to Military Service in Turkey“, das vom *Verein für Kriegsdienstverweigerung* in Kooperation mit anderen Organisationen veröffentlicht wird. Ab 15. Juni 2021 kann es auf der Website von *Connection e.V.* heruntergeladen werden.

[Download](#)

Ein herzlicher Dank

geht an Tuğçe Oklay, René Burget, Hans Gehring, Mertcan Güler, Thomas Stiefel, Suzanne Glaner, Osman Murat Ülke und Cemal Sıncı, ohne deren Hilfe bei der Übersetzung die Erstellung dieser Broschüre nicht möglich gewesen wäre!

Ercan Jan Aktaş



Geschichte der Kriegsdienstverweigerung in der Türkei

Der Kampf für die Kriegsdienstverweigerung begann mit den Erklärungen von Tayfun Gönül am 6. Dezember 1989 und von Vedat Zencir am 6. Februar 1990, die beide in der Zeitschrift *Sokak* (Straße) veröffentlicht wurden.¹ Angesichts der in den Jahren 1989 und 1990 bestehenden Gewalt, dem Konflikt und Krieg, verbunden mit Massakern, nicht identifizierten Tätern, einer staatlichen Politik alltäglicher Folter und einer Rhetorik, die vom „Heimatland Nation“ sprach, war es sehr bedeutsam, dass zwei türkische Personen an die Öffentlichkeit gingen und sagten: „Ich gehe nicht zum Militär“. Damit stellten sie sich gegen all diese Politik der Gewalt und des Krieges.

Es gab einen Unterschied im Vergleich zu den Kriegsdienstverweigerern in den westlichen Staaten Europas. Dort wurde mit der Kriegsdienstverweigerung der Zivildienst als Alternative im Rahmen der Wehrpflicht verbunden. In der Türkei hingegen gab es keinen Grund für diese Position, die Verweigerung war somit eine Totalverweigerung. Ein Kriegsdienstverweigerer in einer „Nation von Soldaten“ wie die Türkei zu sein bedeutete, alle normalen männlichen Rollen des Systems und der Gesellschaft zu verwerfen: Gründer der Familie, Mann des Hauses, Zentrum der Gesellschaft, zuverlässiger Bürger. Tatsächlich wurde der Militärdienst in der Türkei angesehen als „Vervollständigung des männlichen Kreises“ und als ein Schritt um die Verantwortung in der Gesellschaft wahrzunehmen. Wer keinen Militärdienst ableistete, wurde als „unvollständiger Mann“ angesehen, als Versager, als Krüppel.

Kriegsdienstverweigerer zu werden und damit all diese sozialen Normen zu übergehen, bedeutete, die Heteronormativität aufzugeben, die vom System auferlegt wurde, und sich selbst mit eigenen Werten zu identifizieren. Auf der anderen Seite wurde in den Erklärungen zur Kriegsdienstverweigerung auch immer ein Schwerpunkt auf eine Position gegen den Krieg gelegt. Wahrscheinlich ist das der Grund dafür, dass in ihren ersten gemeinsamen Veröffentlichungen der Name Kriegsgegner bzw. Kriegsgegnerin stand. So begannen sie als Gruppen der Kriegsgegner*innen gegen Gewalt und Militarismus in der Türkei und im Norden Kurdistans zu kämpfen.²

In einer Gesellschaft, in der jeder von Geburt an als Türke und Soldat angesehen wird, wurde mit diesen Verweigerungen eine andere Geschichte geschrieben. Drei Jahre später, am 16. Januar 1993, machten Ercan Çalpur, Atilla Akar und Yusuf Doğan das erste Mal gemeinsam ihre Erklärungen zur Kriegsdienstverweigerung öffentlich. Auch wenn diese Bewegung sich nur aus kleinen anarchistischen Gemeinschaften heraus entwickelte, begann damit zum ersten Mal ein antiautoritärer, antimilitaristischer und antihierarchischer Diskurs abseits eines männlichen,

- 1 Tayfun Gönül: Haki Veya Beyaz, Üniforma Üniformadır – bianet.org
- 2 Dünyada ve Türkiye’de Savaş Karşıtı Hareket ve Antimilitarizm Üzerine: Kültür ve Siyasette FEMİNİST YAKLAŞIMLAR (feministyaklasimlar.org)

militärischen Systems und abseits einer demokratischen bzw. oppositionellen Linken. Mit den gemeinsam vorgestellten Erklärungen von Uğur Yorulmaz, Timuçin Kızılay und Hasan Çimen am 15. Mai 2000 trat nun auch der Internationale Tag der Kriegsdienstverweigerung in Erscheinung. Und nun wurde es auch relevant, dass mit den Erklärungen der Straftatbestand der „Distanzierung des Volkes vom Militär“ als erfüllt angesehen wurde. Tayfun Gönül und Vedat Zencir waren die ersten, die vor Gericht gestellt und bestraft wurden. Aber das warf die Kriegsdienstverweigerer in der Türkei nicht zurück. Es kann sogar gesagt werden, dass die Verfahren dafür sorgten, dass oppositionelle Gruppen und Organisationen außerhalb der links-anarchistischen Kreise über diese Verfahren über die Kriegsdienstverweigerung erfuhren.³

Kriegsdienstverweigerer setzten ihre Kampagne über Aktionen, Organisationen und Straßenproteste um und zeigten damit eine andere Form des Kampfes auf. Sie organisierten ihre Kampagne und ihre Arbeit im Konsensprinzip und mit einer horizontalen Organisation, ohne hierarchische Strukturen. Auf den Straßen hatten ihre Aktivitäten im Gegensatz zu anderen oppositionellen Gruppen oft einen Festivalcharakter.

Von Anfang an arbeiteten sie auch mit feministischen und LGBTI+-Gruppen zusammen. Das war ein wichtiger Faktor, der verhinderte, ein Männlichkeitsbild⁴ gegenüber dem Militärdienst zu etablieren, das der Mannhaftigkeit verhaftet blieb. Vielmehr wurde Männlichkeit und männlich sein über Jahre hinweg immer wieder in Frage gestellt und neu entwickelt in einer horizontalen Organisation und in Basisstrukturen, die vor Hierarchisierung und zentralisierten Strukturen und Organisationen geschützt wurden.

Osman Murat Ülke, Mehmet Tarhan, Halil Savda, İnan Süver und Enver Aydemir nutzten ihre Verfahren, um die Kampagne zur Kriegsdienstverweigerung in der Türkei voranzutreiben und führten Untersuchungen durch, um herauszufinden, inwieweit diese Aktionsform in der Gesellschaft akzeptiert wird. Mit all diesen Aktivitäten wurde die Bewegung der Kriegsdienstverweigerung stärker. Am 15. Mai 2004 erklärten auf einer Pressekonferenz zehn Personen ihre Verweigerung. Unter ihnen waren sechs Frauen (Ferda Ülker, İnci Ağlagül, Ebru Topal, Yöntem Yurtsever, Nazan Askeran, Hürriyet Şener).

Nun wurde es üblich, zum 15. Mai Pressekonferenzen durchzuführen, um dort gemeinsam zu verweigern. 2010 erklärten 29 Personen bei solch einer Gelegenheit im Rahmen einer Kampagne der „Plattform Kriegsdienstverweigerung und Frieden“ ihre Verweigerung.



Osman Murat Ülke verbrennt 1996 seine Einberufungspapiere. Foto: Tuncay Akbaş

- 3 AİHM'in Vicdani Retçi Osman Murat Ülke kararı | Açık Radyo 95.0 (acikradyo.com.tr)
- 4 *Erkeklik* bedeutet im Türkischen Potenz und Männlichkeit. *erk* bedeutet Potenz bzw. Macht, ohne einen Zusammenhang der beiden Wortbestandteile herzustellen. Der Autor nutzt in seinem Artikel die Möglichkeit, das herauszuheben und damit die Bedeutung dieser beiden Wortbestandteile hervorzuheben (Mann und Macht), indem er *erk'eklik* schreibt.

Die Plattform war ein Zusammenschluss von verschiedenen linken und oppositionellen Gruppen und Organisationen. Die eigene Kriegsdienstverweigerung im Rahmen einer Kampagne oder auf einer Solidaritätsdemonstration für andere Verweigerer



Verweigerungsaktion 2014.
Militarismus tötet.
Foto: Vicdani Ret Derneği

öffentlich zu erklären, das wurde nun zu einer üblichen Aktionsform.⁵

Jedes Jahr machten Dutzende von Menschen ihre Kriegsdienstverweigerung öffentlich, indem sie vor der Presse ihre Stellungnahmen mit ihren jeweils eigenen politischen Vorstellungen vortrugen. All diese persönlichen Erklärungen sind in einer Gesellschaft, die von einer männlich

dominierten Militärpolitik in Geiselschaft genommen wird, ein „Manifest der Freiheit“. Diese Verweigerungen fanden in den Straßen statt, bei Festivals und Protestaktionen – vor Hunderten von Personen und Dutzenden von Pressevertreter*innen.

Und dann gab es einen Bruch, die Aktionsform fand nicht mehr statt. Grund dafür waren die Ereignisse ab dem 15. Juli 2016. An dem Tag gab es einen Putschversuch durch einige Militäroffiziere, was sich bis zum 20. Juli durch die Regierungspartei AKP und der mit ihr verbündeten MHP zu einer Art „neuem Putschmodell“ politisch wendete. Damit begann in der Türkei eine neue Zeitrechnung. Seit dem 20. Juli 2016 sind die Straßen so gut wie abgeriegelt. Viele oppositionelle Gruppen und demokratische Organisationen wie auch progressive Einzelpersonen wurden unterdrückt, schärfer noch als nach dem Militärputsch vom 12. September 1980. Sie wurden wie mit einem Panzer überrollt.⁶

Viele Webseiten, Radiostationen, Fernsehsender und Zeitungen, die nicht der rassistisch-militaristischen Politik der AKP und MHP folgten, wurden durch Präsidentenerlasse geschlossen. Während viele aktive Kriegsdienstverweigerer das Land verließen, sehen sich die im Land verbliebenen auch diesem Druck und der Politik der Gewalt ausgesetzt.

Wenn wir über 2016 hinausblicken, sehen wir, dass 2017 etwa 20 Personen ihre Kriegsdienstverweigerung erklärt haben. Zwölf von ihnen taten dies über eMail, drei über ihre eigenen Accounts bei den Sozialen

5 29 Kişi Daha Katıldı,
Vicdani Retçilerin Sayısı
118 Oldu - Tolga Korkut
– bianet.org

6 Ercan Aktaş: OHAL ve Bir
Vicdani Retçinin Hikâyesi |
Biz Varız! | We Exist!
(kopuntu.org)

Medien, einer in Italien, zwei in Deutschland und drei in Frankreich. Wenn wir auf die letzten beiden Jahre schauen, können wir beobachten, dass die Zahl der Kriegsdienstverweigerer, die ihre Verweigerung aus europäischen Ländern heraus erklärt haben, gestiegen ist. 2018 gab es 13 Personen aus der Türkei, die ihre Verweigerung in Europa erklärten: einer in Italien, einer in den Niederlanden, drei in Deutschland und acht in Frankreich. Es gibt uns einen Blick darauf, wie sich die Situation für Kriegsdienstverweigerer in der Türkei darstellt.

Da es in Frankreich keine Wehrpflicht mehr gibt, wurde ein eintägiges symbolisches Training für 16-jährige eingeführt. Das Thema Kriegsdienstverweigerung ist damit kaum noch relevant. Aber insbesondere in den letzten vier Jahren, wandelt sich hier in Frankreich die Lage im Zusammenhang mit der Kriegsdienstverweigerung. Nun erklärten türkische Kriegsdienstverweigerer hier in Frankreich, dass sie den Kriegsdienst verweigern. Da das in der Türkei bestehende antidemokratische und autoritäre System für all diejenigen zu einem großen Problem wird, die die Wehrpflicht ablehnen, erklären sie nun ihre Kriegsdienstverweigerung nach ihrer Ankunft in einem europäischen Land.⁷

Zwölf Personen haben ihre Kriegsdienstverweigerung seit 2020 erklärt: Mehmet Şaban Değirmenci, Ömer Tüzün, Mahsum Duman, Osman Yılmaz, Mustafa Doğan, Resul Güler und Halil Göktaş, die alle in Frankreich leben; Murat Kızılay in den Niederlanden; Resul Dünder und Mertcan Güler in Deutschland. Nur zwei erklärten ihre Kriegsdienstverweigerung in der Türkei. Grund dafür ist, dass ihre Kriegsdienstverweigerung den „zivilen Tod“ zur Folge hat.⁸

Deshalb sollten wir darüber nachdenken, ein neues Kapitel zur Situation der Kriegsdienstverweigerer (aus der Türkei) aufzumachen, insbesondere in Frankreich und in Deutschland.

Die Republik Türkei will innerhalb ihrer Grenzen über eine rassistisch-militaristische, nationalstaatliche Politik den Druck auf Kriegsdienstverweigerer innerhalb der eigenen Grenzen aufrechterhalten, wie das auch für alle Oppositionelle und die demokratischen Gruppen gilt. Diese Menschen aber, diese Opposition, diese Kriegsdienstverweigerer setzen ihren Kampf anderswo fort und nutzen dafür neue Mittel.

Kriegsdienstverweigerer, die in Europa leben müssen, setzen ihren Kampf an der Seite von Gruppen von Kriegsgegner*innen fort, wie der *War Resisters' International*, dem *Europäischen Büro für Kriegsdienstverweigerung*, *Connection e.V.*, *Peace House* und *Maison de la Paix*.⁹ ■

- 7 Mehmet Şaban Değirmenci (vicdaniiret.org)
- 8 Vicdani reddin bedeli: 26 bin TL ceza, üç yıl hapis, medeni haklardan men – *Diken*
- 9 Avrupa Vicdani Ret Bürosu'ndan Türkiye'ye eleştiri | ALMANYA | *DW* | 14.05.2019

Rudi Friedrich

Connection e.V.

Kriegsdienstverweigerung und Asyl

In den 1990er Jahren hatten einige Hundert Wehrpflichtige aus der Türkei in Deutschland und anderen Ländern Asyl beantragt. Sie waren mit ihrer Kriegsdienstverweigerung an die Öffentlichkeit gegangen, hatten vor dem türkischen Konsulat, bei Pressekonferenzen oder anderen Gelegenheiten deutlich gemacht, dass sie nicht bereit waren, Dienst im türkischen Militär abzuleisten – insbesondere auf dem Hintergrund des damals aktuellen Krieges im Südosten der Türkei. Vielfach wurden ihre Anträge zunächst von den Behörden abgelehnt. In einigen Fällen gelang es tatsächlich, einen flüchtlingsrechtlichen Schutz zu erhalten. Grundlage dafür war sehr oft die Tatsache, dass sie aufgrund ihrer öffentlichen Kriegsdienstverweigerung eine zusätzliche Strafverfolgung zu erwarten hatten.

Mit der steigenden Zahl dieser Fälle versuchten die deutschen Behörden jedoch, eine Argumentation zu entwickeln, um diese Asylanträge ablehnen zu können. So wurde in einem Fall schließlich argumentiert, dass faktisch keine Verfolgung mehr drohe, da es nun so viele seien, dass die türkischen Behörden nicht mehr in allen Einzelfällen gegen die Kriegsdienstverweigerer vorgehen würden. Es bestände also keine Verfolgungsgefahr mehr. Solch eine Einschätzung wurde selbst dann aufrechterhalten, wenn Nachweise dafür vorlagen, dass entsprechende Strafverfahren eingeleitet worden waren.¹ Ganz offensichtlich wurde von den deutschen Behörden versucht, diese Tür zuzumachen, um so wieder pauschal Kriegsdienstverweigerer aus der Türkei in den Asylverfahren abzulehnen und ihnen somit den asylrechtlichen Schutz zu verwehren.

Im folgenden Artikel will ich der Frage nachgehen, wie sich die Situation der Kriegsdienstverweigerer aus der Türkei in Asylverfahren aktuell darstellt angesichts der derzeitigen repressiven Politik der türkischen Regierung und neu ergangener Direktiven und Urteile auf europäischer und internationaler Ebene.

Vorbemerkung: ein emanzipativer Schritt wird geächtet

Für *Connection e.V.* stehen die Frauen und Männer im Vordergrund, die aus einer häufig ganz konkreten Situation heraus Nein sagen und sich dem Kriegsdienst entziehen, verweigern oder desertieren. Solch eine Entscheidung ist mutig, gerade angesichts drohender strafrechtlicher Konsequenzen und der Ächtung als Verräter. Die Kriegsdienstverweigerung oder auch Desertion hat aber eine weitere Bedeutung: Kriegsdienstverweigerer und Deserteure geben in den Gesellschaften, die an einem Krieg beteiligt sind, ein Beispiel für Handlungsmöglichkeiten außerhalb der Kriegslogik, die nur Verbündete und Feinde, nur die militärische Auseinandersetzung, den Kampf sieht. Sie zeigen auf, dass es zwar

1 Urteil des VG Gießen im Fall Er, 25. Januar 2006

einen Zwang gibt, zum Militär zu gehen und dort zu bleiben, ihre Entscheidung sich aber nicht diesem Zwang unterordnet. Das Befehls- und Gehorsamsprinzip, ohne dass das Militär mit seinen hierarchischen Strukturen nicht funktionieren würde, wird in Frage gestellt. Es ist ein Schritt der Emanzipation, bis hin zur Idee, den Krieg zu beenden. Auch wenn es nur wenige Fälle gab, bei denen allein die Zahl der Deserteur*innen und Kriegsdienstverweiger*innen zumindest eine Ursache dafür war, den Krieg wirklich zu beenden, so wirkt ihr Beispiel doch in die Gesellschaften hinein.

Darüber hinaus ist ein solcher Schritt für viele die einzig mögliche Alternative, sich nicht an den Verbrechen eines Krieges zu beteiligen oder nicht auf die eigenen Nachbarn schießen zu müssen. Die Motive sind vielfältig und entsprechen nur selten denen, die hier in Deutschland als Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen verstanden werden, also einer generellen Ablehnung jeden Kriegseinsatzes. Die Motive von Deserteur*innen und Kriegsdienstverweiger*innen beziehen sich viel stärker auf die konkrete Situation, den jeweils stattfindenden Krieg. Sie achten dabei nicht auf internationale Konventionen, sondern nur auf ihr eigenes Gewissen.



Aktion in Münster/W. 2004.
Foto: Rudi Friedrich

Entwicklung der Asylverfahren

Nach wie vor akzeptiert die Türkei nicht das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung. Seit Anfang der 90er Jahre haben mehr als 1.000 Wehrpflichtige in der Türkei ihre Kriegsdienstverweigerung erklärt. Hunderttausende haben sich auf andere Art und Weise der Wehrpflicht entzogen oder sind untergetaucht. Einige Hundert haben aufgrund der drohenden Verfolgung im Ausland Asyl gesucht.

In ihren Asylverfahren mussten sie aber häufig erleben, dass ihre Gewissensentscheidung und die sich daraus ableitende Strafverfolgung nicht als Asylgrund gewertet wurde. So hatte das OVG Niedersachsen in solch einem Fall festgestellt, dass ein Recht auf Kriegsdienstverweigerung

nicht aus Art. 9 der Europäischen Menschenrechtskonvention, der Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit, abgeleitet werden könne, da aus Art. 4 Abs. 3 der Konvention folge, dass die allgemeine Wehrpflicht als Recht jeden Staates völkerrechtlich anerkannt sei und keine Pflicht bestehe, einen Ersatzdienst anzubieten. Da die Türkei jeden, der den Kriegsdienst verweigert, unabhängig von der Motivation bestrafe, käme der Bestrafung lediglich ein ordnungsrechtlicher Charakter zu. Auch ein Abschiebeschutz sei abzulehnen. Zwar sei in der Zwischenzeit die Qualifizierungsrichtlinie der Europäischen Union in Kraft getreten. Aber bei der Ableistung des Wehrdienstes in der Türkei würden keine Handlungen verlangt, wie die Teilnahme an einem völkerrechtswidrigen Krieg oder völkerrechtswidrige Handlungen.²

Nun hat sich seit 2007 die obergerichtliche Rechtsprechung durch Urteile des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte und des Europäischen Gerichtshofes bezüglich der Kriegsdienstverweigerung und bezüglich der Asylgewährung bei Kriegsdienstverweigerung gewandelt. So gab es unter anderem folgende wegweisende Entscheidungen und Richtlinien:

- 2 OVG Niedersachsen, Beschluss vom 2. März 2007 – AZ 11LA 189/06; zur Qualifizierungsrichtlinie siehe Fußnote 3
- 3 Richtlinie 2011/95/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2011 über Normen für die Anerkennung von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen als Personen mit Anspruch auf internationalen Schutz, L 337/9, Artikel 9 Abs. 1e, www.asyl.net/index.php?id=127
- 4 Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte, Entscheidung vom 24.1.2006, Antrag Nr. 39437/98
- 5 Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte, Entscheidung vom 7. Juli 2011, Antrag Nr. 23459/03
- 6 Yunus Erçep v. Turkey, 43965/04, 22/11/2011; Feti Demirtaş v. Turkey, 5260/07, 17/01/2012; Halil Savda v. Turkey, 42730/05, 12/06/2012; Mehmet Tarhan v. Turkey, 9078/06, 17/07/2012

- 2004 wurde die EU-Qualifikationsrichtlinie vorgelegt, die definierte, wer als Flüchtling anerkannt werden kann und wem subsidiärer Schutz zusteht. Die Richtlinie wurde überarbeitet. Die überarbeitete Fassung war bis zum 21. Dezember 2013 in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) umzusetzen. Mit ihr sollen die geschützt werden, die sich einem völkerrechtswidrigen Krieg oder völkerrechtswidrigen Handlungen entziehen und mit Verfolgung rechnen müssen.³
- 2006 entschied der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte im Fall Ülke gegen Türkei, dass eine Verletzung des Artikels 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention vorliege, da insbesondere die wiederholte Bestrafung eines Kriegsdienstverweigerers, „die sich daraus ergebenden summierenden Effekte der Verurteilungen (...) in Verbindung mit der Möglichkeit, dass er einer lebenslangen Strafverfolgung unterliegen könnte, im Missverhältnis zu dem Ziel stehen, die Ableistung seines Militärdienstes sicherzustellen.“ Der Gerichtshof bezeichnete das sich aus dieser Situation für den Antragsteller zwangsweise ergebende Leben im Geheimen als „zivilen Tod“.⁴
- 2011 entschied der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte im Fall Bayatyan gegen Armenien, dass die Verurteilung eines Kriegsdienstverweigerers Artikel 9 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK), also das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit verletzt. Es erkannte damit zugleich das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung an.⁵ Ähnliche Urteile gab es auch bezüglich von Kriegsdienstverweigerern aus der Türkei.⁶
- 2013 legte das UNHCR die Richtlinien zum Internationalen Schutz Nr. 10 vor in denen die Behandlung von Anträgen auf Flüchtlingsstatus

bezüglich Militärdienst im Zusammenhang mit der Genfer Konvention behandelt werden.⁷

- 2013 beschloss der UN-Menschenrechtsrat eine Resolution, in der er die Staaten ermutigt, für jene Militärdienstverweigerer, die wegen ihrer Verweigerung in ihrem Herkunftsland wohl begründete Verfolgung befürchten müssen, die Gewährung von Asyl zu erwägen.⁸

a) Der Grundsatz

Im Juni 2020 legte Julia Idler eine ausführliche Untersuchung dazu vor, wie sich die Flüchtlingsanerkennung von Kriegsdienstverweigerern und Deserteuren nach der Genfer Flüchtlingskonvention entwickelt hat.⁹ Sie untersuchte dazu insbesondere die Rechtsprechung in Deutschland und den angloamerikanischen Staaten. Sie kommt darin zu dem Schluss, dass in der Europäischen Union, wie auch in Kanada, USA und Großbritannien die obergerichtliche Rechtsprechung weiter darauf verweist, „dass es sich bei der Wehrpflicht um eine allgemeine staatliche Pflicht handelt, die alle Bürger (oder jedenfalls alle Bürger im wehrfähigen Alter und gegebenenfalls männlichen Geschlechts) gleichermaßen trifft; Strafverfolgung und Bestrafung für eine Verweigerung wird daher als legitimes staatliches Handeln eingestuft.“¹⁰ Eine weniger restriktive Haltung nimmt diesbezüglich nur Australien ein.

b) Flüchtlingsschutz nach der Genfer Konvention

Das hat zur Folge, dass trotz der Entwicklungen in der obergerichtlichen Rechtsprechung weiterhin Personen, die sich in der Türkei dem Kriegsdienst verweigern und die mit Verfolgung zu rechnen haben, in der Regel keinen Flüchtlingsschutz nach der Genfer Konvention erhalten. Die Bestrafung an sich wird als nicht ausreichend erachtet. Nur wenn eine zusätzliche Verfolgung aufgezeigt werden kann, wenn die Strafverfolgung unverhältnismäßig hoch ist oder wenn eine zielgerichtete Verfolgung aus politischen Gründen dargelegt werden kann, wird von den Behörden und Gerichten die Anerkennung als Flüchtling erwogen.

So gab es in den letzten Jahren einige Fälle von Kriegsdienstverweigerern aus der Türkei, die aufgrund ihrer politischen Arbeit in der Türkei zusätzlicher Strafverfolgung ausgesetzt waren und dies auch belegen konnten. Hier ist insbesondere eine Strafverfolgung nach Art. 318 des Türkischen Strafgesetzbuches relevant, die die „Distanzierung des Volkes vom Militär“ und damit kritische Äußerungen zum Militär oder auch die Aufforderung zur Kriegsdienstverweigerung unter Strafe stellt. Relevant ist ebenso Artikel 7 Abs. 2 des Anti-Terrorismus Gesetzes, das vielfach gegen Friedensaktivist*innen eingesetzt wurde und „Propaganda für eine terroristische Organisation“ unter Strafe stellt. Diesbezüglich gab es Anerkennungen in Zypern und Frankreich.¹¹

- 7 UNHCR: Guidelines on International Protection no. 10. 3. Dezember 2013, HCR/GIP/13/10. Die Guidelines wurden am 12. November 2014 korrigiert: <http://www.unhcr.org/529efd2e9.html>
- 8 UN Human Rights Council. A/HRC/RES/24/17, 27. September 2013, http://ap.ohchr.org/documents/dpage_e.aspx?si=A/HRC/RES/24/17
- 9 Julia Idler: Die Flüchtlingsanerkennung von Wehrdienstverweigerern und Deserteuren nach der Genfer Flüchtlingskonvention, Nomos Verlag, Baden-Baden 2020.
- 10 Julia Idler, S. 126f
- 11 z.B. Entscheidung des Asylum Service of the Republic of Cyprus im Fall Halil Savda vom 24.10.2017, AZ F17-02131 R

c) Subsidiärer Schutz

Die Qualifizierungsrichtlinie der Europäischen Union sieht in Artikel 15 einen subsidiären Schutz bei Folter oder unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Bestrafung eines Antragstellers vor. Das knüpft an Artikel 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) an. Hier ist insbesondere zu beachten, dass der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte, wie oben dargelegt, im Falle Ülke v. Türkei aufgrund der wiederholten Bestrafung eines Kriegsdienstverweigerers eine Verletzung des Artikel 3 EMRK festgestellt hatte. In diesem Sinne gab es in Deutschland beispielsweise ein Urteil zu einem aserbaidischen



Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg, Foto: CherryX

Kriegsdienstverweigerer. Das Gericht stellte hier fest, dass „ein dauerhaft den Wehrdienst verweigernder aserbaidischer Staatsangehöriger(...) in Aserbaidischan mit wiederholten und dadurch in der Summe unverhältnismäßig langen Freiheitsstrafen rechnen (muss). Dies stellt die Gefahr einer erniedrigenden und entwürdigenden Bestrafung dar, die

außer Verhältnis zu dem Zweck steht, die Ableistung des Wehrdienstes sicherzustellen.“¹² Das Gericht kam in diesem Fall aber nur zu dieser Entscheidung, da es davon überzeugt war, „dass der Kläger den Wehrdienst tatsächlich aus Gewissensgründen verweigert“.

d) Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung

Auch wenn der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte die Kriegsdienstverweigerung als Ausfluss der Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit definiert hat, spiegelt sich dies nach wie vor nicht im Flüchtlingsrecht wider. Artikel 9 der Qualifikationsrichtlinie der Europäischen Union schließt einen grundsätzlichen Schutz für Kriegsdienstverweigerer faktisch aus und bezieht einen möglichen Schutzstatus allein auf die Verweigerung völkerrechtswidriger Handlungen oder völkerrechtswidriger Kriege.

Bei einem Asylantrag wird allerdings zusätzlich geprüft, ob eine Verletzung der Europäischen Menschenrechtskonvention vorliegt. In Deutschland ist dann nach § 60 Abs. 5 Aufenthaltsgesetz ein Abschiebehindernis

¹² VG Lüneburg, 16.11.2020, 2 A 21/18, <https://www.asyl.net/rsdb/m29074/>

auszusprechen, der schlechtest mögliche Status. Dort steht: „Ein Ausländer darf nicht abgeschoben werden, soweit sich aus der Anwendung der Konvention vom 4. November 1950 zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten ergibt, dass die Abschiebung unzulässig ist.“

e) Situative Kriegsdienstverweigerung

Nicht alle Kriegsdienstverweigerer und –verweigerinnen treffen eine absolute Entscheidung gegen jeden Kriegseinsatz. Häufig wird diese, gerade in einem Kriegs- oder Spannungsfall, aufgrund einer besonderen persönlichen oder gesellschaftlichen Situation getroffen. So gibt es in der Türkei viele Wehrpflichtige, die den Einsatz im vor allem von der kurdischen Bevölkerung bewohnten Osten des Landes verweigern. Aber auch in solch einer situativen Entscheidung spiegelt sich die Überzeugung wider, nicht an militärischen Einsätzen beteiligt sein zu wollen und die damit verbundene Waffengewalt abzulehnen. Das UNHCR weist in seinen Richtlinien darauf hin, dass eine Kriegsdienstverweigerung auch dann vorliegt, wenn Personen der Überzeugung sind, dass „die Anwendung von Gewalt unter bestimmten Umständen berechtigt ist, in anderen jedoch nicht, und dass sie daher den Dienst in diesen anderen Fällen verweigern müssen“.¹³ Auch die Generalanwältin des Europäischen Gerichtshofes, Eleanor Sharpston, machte in einer Stellungnahme vom 11. November 2014 deutlich, der Begriff Kriegsdienstverweigerung „kann sich aber auch auf Personen beziehen, die aus juristischen, moralischen oder politischen Gründen einen konkreteren Konflikt oder die Mittel und Methoden zur Austragung dieses Konflikts ablehnen.“¹⁴ Diese Argumentation spiegelt sich bislang nicht in den Asylverfahren wider.

f) Völkerrechtswidriger Einsatz

Wie oben angemerkt, sollen mit der EU-Qualifizierungsrichtlinie die geschützt werden, die sich einem völkerrechtswidrigen Krieg oder völkerrechtswidrigen Handlungen entziehen und mit Verfolgung rechnen müssen. Runter gebrochen auf die Situation in der Türkei bedeutet dies, dass ein Asylantragsteller nachweisen müsste, dass das türkische Militär solche Kriegsverbrechen begeht und dass er mit großer Wahrscheinlichkeit als Wehrpflichtiger zur Teilnahme gezwungen wäre. Nach derzeitigem Stand ist davon auszugehen, dass dieser Nachweis nur selten gerichtsfest erbracht werden kann und die Hürden für eine Anerkennung extrem hoch angesetzt werden.

g) Glaubwürdigkeit einer Kriegsdienstverweigerung

Behörden und Gerichte gehen bei einer Kriegsdienstverweigerung von sehr hohen Maßstäben aus. In Deutschland beispielsweise orientieren sich die Gerichte an der Rechtsprechung, die sich über die letzten Jahrzehnte zu den Verfahren zu deutschen Kriegsdienstverweigerern entwickelt hat. Im Falle eines kurdischen Verweigerers stellte dann das

¹³ UNHCR, aaO.

¹⁴ European Court, Opinion of General Advocate Sharpston, C-472/13, Punkt 53. <https://en.connection-ev.org/pdfs/14StSh-en.pdf>



Aktion in Münster/W. 2004.
Foto: Rudi Friedrich

Verwaltungsgericht Saarland fest: „Eine solche Gewissensentscheidung setzt eine sittliche Entscheidung voraus, die der Kriegsdienstverweigerer innerlich als für sich bindend erfährt und gegen die er nicht handeln kann, ohne in schwere Gewissensnot zu geraten. Erforderlich ist eine Gewissensentscheidung gegen das Töten von Menschen im Krieg und damit die eigene Beteiligung an jeder Waffenanwendung. Sie muss absolut sein und darf nicht situationsbezogen ausfallen.“¹⁵ Da der Antragsteller seine Verweigerung nicht in der geforderten Weise dargelegt hatte, wurde sein Asylbegehren abgelehnt.

Kriegsdienstverweigerer brauchen Asyl

Im Grundsatz müssen wir also feststellen, dass die Verfolgung der Kriegsdienstverweigerung oder Militärdienstentziehung nicht als eine Verfolgung im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention angesehen wird, insbesondere mit dem Argument, dass hier nur eine Strafverfolgung eines Deliktes, also der Militärdienstentziehung oder Desertion vorliegt, nicht aber zielgerichtet gegen die betreffende Person im Sinne einer politischen Verfolgung vorgegangen werde. Die Gewissensentscheidung wird missachtet. Diese Auffassung ist unseres Erachtens aufgrund der Rechtsentwicklung nicht länger hinnehmbar.

Eine Flüchtlingsanerkennung entsprechend der EU-Qualifizierungsrichtlinie ist dann möglich, wenn die betreffende Person eine

¹⁵ VG Saarland, Urteil vom 21.11.2018 - 6 K 1091/17 - asyl.net: M27072, <https://www.asyl.net/rsdb/m27072/>

Flüchtlingseigenschaft gemäß der Genfer Konvention aufweist und es diesbezüglich eine Verfolgungshandlung gibt. In der Qualifizierungsrichtlinie heißt es entsprechend: „Eine der Voraussetzungen für die Flüchtlingseigenschaft im Sinne von Artikel 1 Abschnitt A der Genfer Flüchtlingskonvention ist das Bestehen eines Kausalzusammenhangs zwischen den Gründen der Verfolgung, nämlich Rasse, Religion, Nationalität, politische Überzeugung oder Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe, und den Verfolgungshandlungen oder dem fehlenden Schutz vor solchen Handlungen.“¹⁶

a) Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe

In Bezug auf Personen, die den Kriegsdienst verweigern, ist insbesondere die Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe bislang fast völlig außer Acht gelassen worden. Das UNHCR hat in seinen Richtlinien die soziale Gruppe näher definiert. Es heißt dort:

„Eine bestimmte soziale Gruppe ist eine Gruppe von Personen, die neben ihrem Verfolgungsrisiko ein weiteres gemeinsames Merkmal aufweisen oder von der Gesellschaft als eine Gruppe wahrgenommen werden. Das Merkmal wird oft angeboren, unabänderlich oder in anderer Hinsicht prägend für die Identität, das Bewusstsein oder die Ausübung der Menschenrechte sein.“¹⁷ In ähnlicher Weise wird auch in der Qualifizierungsrichtlinie der Europäischen Union in Artikel 10 (d) eine soziale Gruppe definiert.

Entsprechend kommt das UNHCR in den Richtlinien Nr. 10 zu der Schlussfolgerung, dass Kriegsdienstverweigerer als eine bestimmte soziale Gruppe anzusehen sind, „da sie eine Überzeugung teilen, die prägend für ihre Identität ist, und sie von der Gesellschaft auch als eine bestimmte Gruppe wahrgenommen werden können. Auch Personen mit gemeinsamen Erfahrungen, zum Beispiel Kindersoldaten, können eine bestimmte soziale Gruppe darstellen. Dasselbe kann im Fall von Wehrdienstentziehern oder Deserteuren der Fall sein, da beide Arten von Antragstellenden ein unabänderliches gemeinsames Merkmal aufweisen: Sie haben sich in der Vergangenheit dem Militärdienst entzogen oder diesen umgangen. Deserteure können in manchen Gesellschaften auch deshalb als bestimmte soziale Gruppe wahrgenommen werden, weil im Militärdienst generell ein Zeichen der Loyalität zu dem Land gesehen wird bzw. weil solche Personen anders behandelt werden [zum Beispiel durch Diskriminierung beim Zugang zu Beschäftigung im öffentlichen Dienst], wodurch sie sich als Gruppe von der allgemeinen Bevölkerung abheben und von dieser unterscheidbar werden. Dasselbe kann auch für Wehrdienstentzieher gelten. Rekruten können eine soziale Gruppe darstellen, deren gemeinsame Charakteristik ihre Jugend, ihre erzwungene Einbindung in das Militärkorps oder ihre untergeordnete Stellung aufgrund mangelnder Erfahrung und ihres niedrigen Ranges ist.“¹⁸

16 Richtlinie 2011/95/EU, (29)

17 UNHCR, Richtlinien zum Internationalen Schutz, HCR/GIP/02/02 vom 7. Mai 2002

18 UNHCR, Richtlinien zum Internationalen Schutz Nr. 10 vom 12. November 2014, HCR/GIP/13/10/ Corr. 1, Punkt 58

b) Verfolgungshandlung

Zudem unterliegen Personen, die sich dem Militärdienst verweigern oder sich dem Militärdienst entziehen, in der Türkei sowohl einer strafrechtlichen Verfolgung wie auch einer Verfolgung durch den Status des sogenannten „Zivilen Todes“. Dies ist eine Definition des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte aus dem Jahr 2006, wie oben dargestellt. Damit werden sie von einer ganzen Reihe von bürgerlichen Rechten ausgeschlossen. Entscheidend für die Verfolgung ist dabei nicht, welche Motive für ihre Tat vorliegen. Allein die Tat selbst wird als den Zielen staatlichen Handelns entgegen gerichtet angesehen. So unterliegen sie einer lebenslang bestehenden Wehrpflicht, die dazu führt, dass sie nach erfolgter Bestrafung erneut einberufen werden und somit einer wiederholten Bestrafung ausgesetzt sind. Personen, die die Ableistung des Militärdienstes verweigern, müssen faktisch ohne bürgerliche Rechte leben. Sie können keinen Pass erhalten, keine legale Arbeitsstelle annehmen, ihre Reisefreiheit ist beschränkt, sie unterliegen der ständigen Gefahr erneut rekrutiert und strafrechtlich verfolgt zu werden, sie können kein Konto eröffnen und sie können nicht an Wahlen teilnehmen. Kriegsdienstverweigerer sehen sich so weitreichenden administrativen Maßnahmen gegenüber, die sie aus der Gesellschaft ausgrenzen, sie wesentlicher bürgerlicher Rechte und Menschenrechte berauben und sie faktisch in einen illegalen Status zwingen.

Kriegsdienstverweigerer sehen sich zudem einer durch die administrativen Maßnahmen bestärkten öffentlichen sozialen Stigmatisierung und Diskriminierung ausgesetzt und damit einer über die strafrechtliche Sanktionierung hinausgehenden Verfolgung.

Resümee

Aus diesen Erwägungen heraus ergibt sich zwingend die Notwendigkeit, dass Personen, die sich in der Türkei dem Militärdienst entziehen, verweigern oder desertieren, und die deshalb einer Verfolgung ausgesetzt sind, zum einen als soziale Gruppe im Sinne der Genfer Konvention anzusehen sind und zum anderen aufgrund der Verfolgung asylrechtlichen Schutz erhalten müssen. Es ist unverantwortlich, dass Personen, die sich mit ihrer Verweigerung, sich an einem Krieg und den Kriegsverbrechen zu beteiligen, der Flüchtlingsschutz verweigert und sie abgeschoben werden. Damit werden sie genau den Kriegsherren ausgeliefert, die für die Kriege verantwortlich sind. ■

Wie es ist in Europa als Kriegsdienstverweigerer aus der Türkei?

Ich heiße Beran Mehmet İşçi. Ich komme aus der Türkei und bin kurdischer Herkunft (Zaza¹). Ich bin Kriegsdienstverweigerer, Autor und Poet. Im November 2018 erklärte ich in der Türkei meine Kriegsdienstverweigerung. Aufgrund der dortigen Situation musste ich mich eine Weile verstecken. Es war aber immer die Frage, wie ich mein Leben weiter fortsetzen könnte. Da ich keine andere Möglichkeit mehr sah, beschloss ich schließlich, nach Europa zu gehen, um Asyl zu beantragen. Im Februar 2019 erreichte ich Deutschland und beantragte Asyl.

Aufgrund meiner politischen Aktivitäten, die ich nach meiner Ankunft in Deutschland fortgesetzt habe, nehme ich nun zum zweiten Mal an einem Projekt zum Internationalen Tag der Kriegsdienstverweigerung, dem 15. Mai, teil. Er wird jedes Jahr von verschiedenen Organisationen weltweit vorbereitet und durchgeführt. Anlässlich des diesjährigen 15. Mai will ich so kurz und prägnant wie möglich beschreiben, welchen Schwierigkeiten ich mich hier in Deutschland gegenübersehe.

In den ersten beiden Wochen in Deutschland suchte ich nach näheren Informationen zum Asylverfahren und einen Anwalt. Da es in der Türkei kein gleichartiges Asylverfahren gibt, waren das für mich wichtige Fragen. Nach ungefähr zwei Wochen traf ich mich mit meinem Anwalt, um rechtliche Informationen zu erhalten und gab ihm eine Vollmacht. Er sagte mir mehr oder weniger voraus, was passieren würde.

Wichtiger war es jedoch, Informationen von anderen Flüchtlingen zu erhalten. Aufgrund der großen Zahl von Flüchtlingen aus dem syrischen Bürgerkrieg hatte sich die Haltung der europäischen Staaten und Gesellschaften gegenüber Flüchtlingen geändert, unabhängig davon, wo sie herkommen. Ich konnte beobachten, dass sich die Situation und Einstellungen der Menschen sehr stark unterschieden von dem, was ich aus den 80er und 90er Jahren erfahren hatte. Nun bin ich es, der berichtet wird, wie ich die Situation erlebe, die ich seit ungefähr zwei Jahren beobachten kann, mit allen positiven wie negativen Aspekten.

Nach den Gesprächen meldete ich mich bei einer Außenstelle des Bundesamtes für Migration in Karlsruhe und stellte einen Asylantrag. Nach einer Nacht in der dortigen Unterkunft wurde ich in die Stadt Heidelberg verlegt. Dort wurden meine Daten abgefragt und Fingerabdrücke genommen. Mir wurde gesagt, dass ich danach nach Bayern verlegt werden würde, was nach etwa drei Tagen geschah.

Nun kam ich in ein Asylzentrum für 800 Personen in Donauwörth, einer kleinen Stadt in Bayern. Es war nicht einfach eine Asylunterkunft, sondern vielmehr ein ganzer Komplex. Er enthält auch Gebäude für das Bundesamt für Migration, die Zentrale Ausländerbehörde (ZAB) und ein

Beran Mehmet İşçi



1 Zaza ist eine Bevölkerungsgruppe in Ostanatolien mit drei bis vier Millionen Personen

kleines medizinisches Zentrum. Dort fand daher auch das Interview statt, das ich mit den deutschen Behörden für meinen Asylantrag führte.

Einige Monate, nachdem ich diese Unterkunft wieder verlassen hatte, wurde genau über dieses Lager in verschiedenen Medien und Zeitungen in der Türkei berichtet. Dabei wurden Personen als Terroristen gebrandmarkt und denunziert, die in dem Lager waren. Das bedeutete auch: Wer als Flüchtling dort war und es schafft dieses Lager wieder zu verlassen um draußen ein neues Leben zu beginnen, muss sich in Acht nehmen vor nationalistischen und islamistischen Türk*innen. Schließlich hatten die Medien, die unter der Kontrolle von Organisationen stehen, die von diesen Menschen unterstützt werden, diese Flüchtlinge als Terroristen und Staatsfeinde ins Visier genommen.

Nach der allgemeinen soziologischen Definition sind Terroristen Personen, die ihre politischen Ziele mit Waffengewalt gegen einen Staat versuchen durchzusetzen. Es ist lächerlich, dass die Türkei nun genau diejenigen als Terroristen bezeichnet, die keine Waffen in die Hand nehmen, wie ich und alle anderen Kriegsdienstverweigerer, die dort im Lager waren.

Ungefähr einen Monat nach Verlegung in diese Einrichtung fand im April 2019 ein Treffen mit einem Beamten des Bundesamtes und einem Übersetzer statt. Es dauerte etwa vier Stunden. Ich war weder Druck noch sich wiederholenden Fragen des verantwortlichen Beamten ausgesetzt, da ich mein Leben chronologisch beschrieb. Folglich hatte der Beamte nicht viel zu fragen.

In der Anhörung war ich keinem großen Druck und Zwang ausgesetzt. Ich muss aber darauf hinweisen, dass die Haltung des verantwortlichen Beamten mir gegenüber fordernd und autoritär war. Das spürte ich insbesondere, als es um verschiedene gesellschaftliche Ereignisse in der Türkei ging. Dann versuchte der Beamte Einfluss zu nehmen und verwies darauf, dass er „genügend Informationen über das Land habe, aus dem sie kommen.“ Er sagte dann: „Sie können weiter mit ihrer Geschichte fortfahren.“ Er teilte mir mit, dass ich nur Dinge berichten soll, die meine Person betreffen.

Aufgrund meiner Kenntnis über die Anforderungen und Richtlinien des Asylverfahrens wusste ich bereits, dass die Beurteilung einer Person nur aufgrund der Ereignisse, denen diese Person ausgesetzt war, erfolgt. In der Türkei fanden jedoch mehrere bewaffnete Auseinandersetzungen statt, Selbstmordattentate wie der in Ankara, bei dem 100 Menschen getötet wurden, von denen ich einige kannte. Das betraf mich. Und so sagte ich, dass ich über die Ereignisse, Prozesse und politischen Entwicklungen berichten muss. Es sind diese Konflikte, die Toten und die Brutalität, die meine Entwicklung bestimmten. Die Auseinandersetzung damit beeinflussten meine Wahrnehmung und sorgten dafür, Pazifist und folglich ein Kriegsdienstverweigerer zu werden. In einer Gesellschaft, in der es keinen Krieg, keine Feindseligkeit oder Brutalität gibt, wäre nicht mit der

Entstehung einer Antikriegshaltung sowie Pazifismus oder Antimilitarismus zu rechnen.

Fast jeder Mensch ist gegen Krieg und lehnt ihn ab. Aber ein Mensch, der das Entsetzen erlebt, das aus diesem Chaos entsteht, hasst Krieg. Daher wollte ich in dem Interview aufzeigen, welche politischen Hintergründe für meine Kriegsdienstverweigerung ausschlaggebend sind, indem ich über mein persönliches politisches Leben und meine Vorbilder sprach.

Ungefähr sechs Monate später erhielt ich den Bescheid des Bundesamtes, eine Ablehnung. Jetzt sah ich, dass das, was ich sagen wollte, nicht verstanden wurde. Selbst wenn es verstanden wurde, wurde es als nicht ausreichend angesehen. Nur halbherzig wurden von mir einige Sätze wiedergegeben. Nicht eingegangen und nicht gewürdigt wurden die Menschenrechtsverletzungen, die der Europäischen Union und dem deutschen Parlament sehr wohl bekannt sind.

In dem Bescheid des Bundesamtes für Migration wurde auf die säkulare Verfassung der Republik Türkei von 1982 verwiesen und davon ausgegangen, dass die Türkei ein freies und demokratisches Land sei. Dabei wussten die Behörden so gut wie ich, dass die Verfassung von 1982 aus einem Putsch hervorging. Sie widerspricht säkularen, demokratischen und freien Konventionen. Tausende sind vor der unmenschlichen Haltung dieses Staates geflohen. Zu glauben, dass die Türkei dennoch ein demokratisches Land sei, ignoriert den Militärputsch, der nichts als Brutalität und Massaker hervorgebracht hat. Es ist traurig, festzustellen, welche Position deutsche Behörden vertreten.

In der Entscheidung wurde auch ausgeführt, dass ich als Kriegsdienstverweigerer keiner grundlegenden Menschenrechtsverletzung ausgesetzt sei, in Übereinstimmung mit internationalen Menschenrechtskonventionen und -vereinbarungen. Das Militärdienstgesetz sei Angelegenheit der Länder. Die Grundlage eines Flüchtlingsschutzes sei



Filmaufnahmen für Video „My road to exile“, <https://youtu.be/7JtpF86Od8Y>

die Verfolgung und Menschenrechtsverletzung einer Person. Mir wurde daher kein Asyl gewährt.

Wir wissen, dass Kriegsdienstverweigerer in der Türkei nicht legal arbeiten können, keine Ausbildung, kein Studium erhalten können. Sie erhalten keinen Pass, können nicht heiraten und nicht ihre Kinder anerkennen. So wird Kriegsdienstverweigerern in der Türkei das Recht auf Arbeit, das Recht andere nicht zu töten, das Recht auf Ausbildung, Reisefreiheit, Ehe und auf Kinder verwehrt. In der Szene der Kriegsdienstverweigerer wird dies als Ziviler Tod benannt.

Zudem: Männer die keinen Militärdienst abgeleistet haben, werden in der Gesellschaft nicht als Männer angesehen. Männer wird die Heirat verwehrt, wenn sie ihren Militärdienst nicht abgeleistet haben. Es ist ein entsetzlicher sozialer Druck. Als Kriegsdienstverweigerer war ich entsetzt zu sehen, welchen Menschenrechtsverletzungen und welcher Verfolgung ich ausgesetzt bin.

In dem Bescheid des Bundesamtes heißt es auch, dass ich die Ersatzzahlung für die Ableistung des Militärdienstes zahlen könnte. Dafür hätte ich doch die Gebühr für die Menschenschmuggler verwenden können. Auf diese Weise müsste ich keinen Militärdienst ableisten. So wurde meine Kriegsdienstverweigerung nicht ernst genommen. Solch eine Haltung hat mich schockiert, gerade angesichts dessen, dass der Beamte doch mehrmals betont hatte, er kenne die Situation in der Türkei gut. Wer die Türkei kennt, wer die Politik verfolgt, für den ist solch eine Argumentation völlig unverständlich.

Für mich ist klar, wer die Ersatzzahlung zur Ableistung des Militärdienstes in der Türkei zahlt, muss dennoch einen einmonatigen Militärdienst ableisten. Auch wenn es also kein sechsmonatiger Militärdienst mehr ist, so wäre ich doch Situationen ausgesetzt, die ich als Kriegsdienstverweigerer nicht akzeptieren kann: das Tragen einer Uniform, Ausbildung an der Waffe, Empfang und Erteilung von Befehlen. Eine Verfolgung oder eine Menschenrechtsverletzung kann eine Stunde dauern oder auch hundert Jahre. Es ist nicht hinnehmbar, dass durch eine zeitliche Verkürzung der Menschenrechtsverletzung diese legitimiert wird. Am Ende ist mein Problem nicht, ob der Militärdienst sechs Monate abzuleisten ist oder nur einen Monat. Das Problem ist der Militärdienst an sich.

Im Grundgesetz von Deutschland steht im Artikel 4 Absatz 3: „Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden.“ In Anbetracht dessen sollten die Beamten eines Staates, in dem dieses Problem bereits vor Jahrzehnten gelöst wurde, ausreichend darüber informiert sein, was Kriegsdienstverweigerung bedeutet. Wenn die Frage jedoch in einem Asylverfahren thematisiert wird, besteht die Haltung eindeutig darin, die Werte des Antragstellers, der einen hohen Preis für seine Überzeugung zahlt, vereinfacht darzustellen.

Selbst wenn es keine Pflicht zur Ableistung eines Militärdienstes gäbe, widerspräche es meinem Gewissen und moralischen Werten, der Armee Geld zu zahlen. In diesem Fall werde ich zwar selbst keine Menschen töten, ich helfe aber anderen und der Institution Militär dabei, dies zu tun. Ich feuere nicht selbst eine Bombe an der Front ab, habe aber für die Bomben bezahlt, die von anderen abgefeuert werden. Menschen sterben mit dem Geld, das ich bezahle, egal ob sie bewaffnet sind oder Zivilpersonen. Ich unterstütze das Konzept einer Totalverweigerung, das unter Kriegsdienstverweigerern diskutiert wird. Mit anderen Worten: Selbst wenn es keine Wehrpflicht gäbe und kein Geld zu zahlen ist, lehne ich es ab, stattdessen in anderen staatlichen Institutionen zu dienen.

Das wird unter Kriegsdienstverweigerern kontrovers diskutiert. Zuerst muss es um das Recht auf Kriegsdienstverweigerung gehen. Dennoch ist für mich klar, dass ich es nicht akzeptieren könnte, einen Ersatzdienst abzuleisten, wenn er eingeführt werden würde. Ich will meine Freiheit nicht an einem Ort verlieren, an dem ich nicht sein möchte, an einen Job, den ich nicht machen möchte, an einen Beruf, für den ich keine Zeit aufbringen will.

Angesichts all dessen ist es offensichtlich, dass ich wie alle anderen Kriegsdienstverweigerer Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt war. Ich habe oben das deutsche Grundgesetz zitiert. Ich erlebe, dass ein Staat behauptet, dass jemand, dem ein Grundrecht in seinem Land entzogen wird, nicht seiner Grundrechte beraubt wird. Das ist ein bisschen verwirrend. Aber leider ist es so.

In dem Bescheid heißt es auch, dass es in der Armee auch viele „loyale kurdische“ Soldaten gibt, die beruflich sehr hohe Positionen erreicht haben. Es wird jedoch nicht gesagt, welcher Haltung sich die Kurden ausgesetzt sehen, die nicht loyal sind, sich in welcher Art und Weise auch immer gegen Staat und Regierung stellen. Die Aussage der Behörde heißt also: Wenn Sie ein hingebungsvoller Kurde wären, hätten Sie möglicherweise gar kein Problem.

In diesem Diskurs spiegelt sich eine sanktionierende und bedrückende Mentalität. Darüber hinaus wird meine grundsätzliche Kriegsdienstverweigerung, die ich während des Interviews benannt habe, reduziert darauf, Kurde zu sein. Dann, so die Aussage, habe sie keine politische Gültigkeit.

Im Interview sagte ich, wenn ich als Kurde zum Militär gehe, muss ich meinem eigenen Volk Gewalt antun, gegen bewaffnete Personen oder auch gegen Zivilpersonen. Dies ist einer der Gründe für meine Weigerung, meine Gewissensentscheidung, Militärdienst zu leisten. Aber das einzige, was die deutsche Behörde daraus machte, war, dass ich als Kurde nicht zum Militär gehen will.

Den Konflikt musste ich sehr wohl erwähnen. Die Türkei befindet sich seit 40 Jahren im Konflikt mit dem kurdischen Volk und die Mehrheit der oppositionellen Organisationen besteht aus Kurd*innen.

Wir alle erinnern uns an die Reaktionen des Europäischen Parlaments, der Europäischen Union, der Staaten, Medien und der Öffentlichkeit in Europa, als Erdoğan die Militäroperation über die Grenze hinweg in Syrien startete. Fast überall auf dem Kontinent wurde gesagt, dies sei der Versuch eines Massakers gegen kurdische Zivilpersonen in Syrien. Es ist schwer, den Unterschied des Diskurses von damals und heute zu verstehen. Ich denke, dass damals die Reaktionen über den Tod kurdischer Zivilpersonen nicht wirklich Besorgnis ausdrückten, sondern Angst vor einer erneut großen Zahl von Flüchtlingen. Auch wenn ich versuche, eine gute Absicht darin zu entdecken, komme ich zu dieser Feststellung.

Trotz all dieser Schwierigkeiten und Konflikte muss ich feststellen, dass ich meine Hoffnung nicht verloren habe. Es ist das Größte, diesen gerechten Kampf am Leben zu erhalten, Widerstand zu leisten, nicht aufzuhören, laut aufzuschreien. Ich musste mich vor der gefährlichen Situation in der Türkei retten. Ich bin nicht hierher gekommen, um ein angenehmes Leben zu führen, sondern stellvertretend für die vielen, denen ihre Rechte genommen werden. Meine Ethik verlangt von mir, für Tausende von Menschen die Stimme zu erheben. Es gibt nichts Besseres, als abzulehnen, ein Mörder zu werden.

Ich werde meinen Kampf fortsetzen, bis dieses Recht allen Gegner*innen von Krieg und Gewalt auf der Welt zusteht. Kriegsdienstverweigerung ist ein Menschenrecht. Es nicht anzuerkennen ist eine Menschenrechtsverletzung. Wenn das Recht einer Person verletzt wird, verletzt das die Rechte aller Menschen auf der Welt. Damit lade ich alle Menschen dazu ein, deren Rechte verletzt wurden, ihre Rechte zu verteidigen.

Ich gratuliere allen Kriegsdienstverweigerern in der ganzen Welt, die den verschiedensten Arten unmenschlicher Behandlung und Verletzung ihrer Rechte ausgesetzt waren, nur damit sie nicht zu Mördern werden. Ich möchte mich mit Euch am 15. Mai treffen, in Freiheit.

Ununterbrochenes Gewissen, bedingungsloser Frieden. ■

Meine Erfahrungen in der Kaserne

Die Geschichte der Wehrpflicht ist eine Geschichte der Militarisierung. Es ist eine atemberaubende Geschichte. Und die Wehrpflicht ist auch heute noch in Ländern wie der Türkei wirksam.

Entwicklung der Wehrpflicht

Auch wenn sich eine Praxis der Wehrpflicht mit der französischen bürgerlichen Revolution entwickelt hat, wurde sie auf breiter Ebene in den modernen Staaten erst im I. Weltkrieg institutionell umgesetzt.

Es ist eine Zeit, in der sich der moderne Staat und seine Gesellschaft über Nationalismus und den Militärdienst konstituiert. Die Ableistung des Militärdienstes wird gleichgesetzt mit der Liebe zur Heimat. Aber nur Männer mussten Militärdienst ableisten. Daher war der Ruf zur Verteidigung des Heimatlandes ein Ruf an den Mann. So wurden Patriotismus und Männlichkeit zu einer Art Synonym. Nur dem Mann stand das Heldentum zu und es wurde nur ihm zugebilligt.

Darüber ergibt sich folgendes Bild: Die Verteidigung des Heimatlandes wird dem Soldaten anvertraut, dem Mann. Gruppen der Gesellschaft, die nicht rekrutiert werden, wie die Frauen, stehen nun in seiner Schuld und sind ihm gegenüber verpflichtet.“ Der Krieg und die Teilnahme der Männer verleiht ihnen Status und Prestige. Die Gesellschaft schuldet ihm Dank und ist verpflichtet, sich für sein „Opfer“ jeden Tag erkenntlich zu zeigen. Und die Kaserne ist nun der Herrschaftsbereich zur Ausformung und Sozialisierung der Männer.

Wenn ein Mann in dieser Struktur geformt, ausgebildet und seine Rolle als Mann gestärkt wird, soll er sein eigenes Selbst vergessen. Er soll so viel vergessen, dass er sich nicht einmal bewusst wird, dass er als Individuum unterdrückt und seine Persönlichkeit zerstört wird. Er verliert seinen eigenen Willen und gibt unter den Anweisungen eines Offiziers so manches Mal seinen Verstand auf oder sogar sein Gewissen.

Ein Mann, dessen Männlichkeit im Militär geformt wird, ist kein Individuum mehr, sondern ein Rad im Getriebe eines tödlichen Mechanismus. Während er zum Mann wird, vergisst er, jemals ein Individuum gewesen zu sein.

Ein weiterer Faktor, der diesen Mechanismus stärkt, ist eine effektive Nutzung eines militaristischen Gesellschaftsbildes und -systems: Zu Beginn des 20. Jahrhunderts ging in England eine Gruppe von Frauen auf die Straße und trug weiße Federn, wenn sie auf Männer trafen, die nicht zum Militärdienst gingen. Die weiße Feder war ein Symbol für Feigheit. Männer, die sich nicht verpflichteten, wurden von der Gesellschaft als Feiglinge angesehen. Mit ihrer Geste entlarvten die Frauen die Männer, die nicht zum Militär gingen.

Halil Savda



Hätten Frauen diesen Männern Rosen gegeben!

Für eine gleichberechtigte und freie Zukunft ist eine Praxis, sich dem Militärdienst zu entziehen, sehr wertvoll. Es ist davon auszugehen, dass die Entwicklung der Allgemeinen Menschenrechte kein Ergebnis militärischer

Organisationen und bewaffneter Auseinandersetzungen war. Das Entwicklungsniveau unserer Gesellschaften in Bezug auf Frieden, Gleichheit und Freiheit sowie die international vereinbarten Institutionen und Konventionen sind Ergebnis der Arbeit und Leistung eines zivildemokratischen Kampfes.

Wer die Errungenschaften der Gleichheit, des Friedens und die libertäre Entwicklung der Gesellschaften den Armen zuschreibt, lügt. Das Recht auf Leben und Unversehrtheit ist eines der grundlegendsten Rechte, und die Flucht vor

dem Militär ist für den Schutz dieses Rechts von entscheidender Bedeutung.

Der Militarismus manifestiert und reproduziert sich im Laufe der Geschichte auf zwei Arten: Erstens als politische Gleichsetzung von Macht und Militär. In diesem Fall ist die Armee entweder selbst an der Macht oder hat entscheidenden Einfluss. In Gesellschaften mit entwickelter Demokratie ist der Einfluss des Militärs auf die Politik begrenzt und nicht sichtbar. In weniger entwickelten Gesellschaften wie in der Türkei ist aber sichtbar, wie das Militär in die Politik hinein wirkt.

Zweitens durch Reproduktion im Alltäglichen. Diese Form existiert sowohl in unterentwickelten Ländern wie auch in hochentwickelten Gesellschaften. Ein Mann, der keinen Militärdienst abgeleistet hat, wird nicht als Mann angesehen. Es gibt einen Diskurs, in dem der Soldat zum „Helden“ erklärt wird, der „altruistisch, aufopferungsvoll und mutig“ ist. Es heißt dann: „Und was ist, wenn du nicht zur Armee gehst, wenn du vor dem Militär davonläufst, wenn du nicht dienst? Dann bist du ein Feigling! Du wirst kein Mädchen kriegen.“

Diese Sprache ist sehr effektiv und durchdringt metaphorisch die Gesellschaft. In der Türkei heißt es in einem Slogan entsprechend: „Jeder Türke wird als Soldat geboren!“ In der Armee wird das Kämpfen und Verwunden heilig gesprochen und mit Medaillen belohnt.



Militärparade in der Türkei
Foto: Timo Vogt

„Märtyrer sterben nicht und das Vaterland, die Mutter, ist unteilbar“. Heimat und Militärdienst werden gleichgesetzt. Wenn es eine Heimat gibt, gibt es Militärdienst. Auch die Umkehrung wird als wahr postuliert: Wenn es eine Armee gibt, ist die Heimat sicher und existiert. Es ist möglich, dass das Heimatland durch eine starke Armee sicher und mächtig ist. Das findet sich wieder in folgendem Slogan: „Eine starke Armee – eine starke Türkei!“ Und der im Krieg verstorbene Soldat wird glorifiziert, ihm wird die Ewigkeit versprochen: „Märtyrer sterben nicht, das Land ist unteilbar!“

Genau deshalb ist die Heimat eng verbunden, geradezu identisch, mit dem Militärdienst. Und dieser ist für alle männlichen Bürger, die 20 Jahre alt geworden sind, verpflichtend. Wer dem Dienst nicht nachkommt, wird mit einer Reihe von Strafverfahren belegt.

Ich ging zur Armee

Im Juni 1996 ging ich widerwillig zur Armee. Ich musste gehen, als Mann und Bürger in der Türkei musste ich Soldat werden. Während ich in Manisa in die Kaserne zog, war ich für mich auf der Suche, wie ich trotz allem mit diesem Staat und seiner traditionellen Gesellschaft leben könnte.

Zwei Wochen mussten Hunderte von Menschen marschieren und exerzieren: „Stillgestanden“, „Rechts um“, „Links um“, „Marsch marsch“, tönte es über den Platz. Jedes Mal beim Appell hieß es, das „Vaterland steht an deiner Seite“, „Jeder Türke wird als Soldat geboren“. Alle Slogans waren entweder gegen Frauen oder gegen Kurden gerichtet. Alle Gruppen und Menschen, die nicht türkisch und nicht männlich waren, wurden zum Ziel. Wir würden nach Şırnak und Diyarbakır geschickt werden, um diese Orte türkisch zu machen!

Mindestens vier Mal am Tag gab es einen Appell. Hunderte von Männern standen nebeneinander in Reih und Glied und wurden gezählt. Jedes Mal, wenn wir uns zum Abendessen setzten, wurde ein Gebet gesprochen. Wir wurden mindestens einmal am Tag zum Putzen abkommandiert. Wir sammelten Zweige oder Zigarettenkippen auf. Die Tage waren eintönig und langweilig. Das ging zwei Wochen so.

Ich ging zur Krankenstation der Kaserne. Seit meiner Kindheit hatte ich eine Beule am Kopf, die fast so groß war wie ein Tischtennisball. Von dort wurde ich ins Militärkrankenhaus nach Manisa geschickt. Einige Tage später wurde ich dem Militärkrankenhaus GATA in Izmir überstellt. Ich wurde operiert und die Beule wurde entfernt. 21 Tage lang wurde ich behandelt.

In dieser Zeit wurden ungefähr weitere zehn Soldaten in diesem Krankenhaus behandelt. Die meisten von ihnen waren bei Zusammenstößen mit der PKK in Kurdistan verletzt worden.

Unter ihnen waren welche, denen im Krankenhaus Glieder amputiert wurden. Aber sie hörten auch danach nicht auf, den Krieg zu segnen.

Vielleicht ist es für sie eine Möglichkeit, mit der Last des von ihnen gezahlten Preises umzugehen. Wie könnten sie sonst überleben?

Einer hatte seine Augen verloren, er kann keine Blume mehr sehen, nicht die Frau, die er liebt, keinen Tisch und keine Straße. Das Leben wird fortan für ihn dunkel sein. Wie kann ein Mensch auf diese Weise leben? Der Preis, den er zahlt, ist hoch und er ist sich dessen bewusst.

Ein anderer hat keinen Arm mehr. Er wird nichts mehr berühren können, was er liebt. Ein anderer verlor beide Füße. Diese Soldaten wissen nicht, dass die sogenannte Heimat Gliedmaßen verloren hat... Die Heimat ist nicht mehr da.

Vielleicht würden sie nicht zum Militär gehen, wenn diese Männer die Wahl hätten. Aber sie haben keine Wahl und sie wurden geschädigt, als sie den Dienst leisteten und nun werden sie für immer beschädigt sein. Es ist ein eindringliches und erschreckendes Bild, ein Zeugnis dafür, was der Krieg in der Türkei bedeutet.

Nach 21 Tagen wurde ich zu einem Ausschuss für die gesundheitliche Prüfung in GATA gebracht. Sie verordneten mir 20 Tage Ruhepause. Ich kam zurück in die Kaserne in Manisa und war dort außer Dienst gestellt, ohne Exerzieren, ohne Ausbildung. Ich saß 20 Tage lang im Clubhaus und im Speisesaal der Kaserne.

Nach zwei Monaten gaben sie mir Stiefel, erneut begannen Sport und militärisches Training. Wieder wurden militärische Hymnen gespielt, ergingen rassistische Rufe und Befehle, die den Willen zerstören. Nach 75 Tagen erhielt ich einen Marschbefehl und einen kurzen Urlaub zur Verlegung.

Ich bin nie in die Kaserne zurückgekehrt!

Ich bin dem Befehl nicht gefolgt. Ich würde keinen Militärdienst mehr ableisten. Ich bin nach dem Urlaub dem Marschbefehl nicht nachgekommen und habe mich nicht bei der neuen Kaserne gemeldet. Jahre später wurde ich erwischt.

Im November 2004 wurde ich gefasst und mit gefesselten Händen in eine Militärkaserne gebracht, dieses Mal in die Kaserne Tekirdağ/Beşik-tepe. Neun Jahre waren vergangen.

Sie brachten mir eine Uniform und Stiefel. Ich sagte: „Ich bin Kriegsdienstverweigerer und werde keine Uniform tragen.“ Sie antworteten: „Du musst sie tragen.“ Ich erwiderte: „Ich werde sie nicht anziehen.“

Sie brachten mich in das Zimmer des Kompaniechefs. Er sah mich an und sagte: „Jeder muss Militärdienst leisten, auch Du musst es tun. Wenn Du die Uniform nicht anziehst, werde ich eine Meldung machen und es der Militärstaatsanwaltschaft melden. Dann gehst Du ins Gefängnis.“ Seine Stimme war weich und sanft.

Ich antwortete ihm: „Ich bin Kriegsdienstverweigerer. Ich bin gegen Krieg und möchte an keiner militärischen Organisation beteiligt sein.“

Deshalb will ich keine Uniform tragen. Ich werde die Uniform nicht anziehen, auch wenn ich ins Militärgefängnis geschickt werde, weil ich ein Kriegsdienstverweigerer bin.“

Der Kommandeur saß an seinem Schreibtisch. Ich stand direkt vor ihm. Nach einer Weile sagte er: „Zieh die Uniform an. Ich werde Dich außer Dienst stellen, dann musst

Du nicht trainieren und nicht arbeiten. Aber zieh die Uniform an und setz Dich ins Casino.“ „Ich trage keine Uniform“, erwiderte ich. Dann schrieb er eine Meldung.

Kommandanten kamen und gaben mir jeden Tag neue Befehle: „Steh auf, geh zur Musterung, schneide Dir die Haare usw.“ Ich habe keinen der Befehle befolgt.

Disziplinargefängnis

Sie verurteilten mich zu sieben Tagen Disziplinarstrafe und brachten mich in den Militärarrest im Zentralkommando Tekirdağ. Dort steckten sie mich in eine Einzelzelle. Es war kalt und es gab nur eine Decke. Ich trug einen Mantel, den sie mir aber wegnahmen. Das Tor des Gefängnisses war zum Meer hin ausgerichtet.

Die Tür meiner Zelle war verriegelt und war direkt am Außentor. Der Wind, der vom

Meer kam, wehte genau auf die Zellen zu. Mir war kalt. Ich bat um Decken und Kissen. Ich bekam sie nicht. Der Gefängniswärter, ein hochrangiger Feldwebel antwortete mir nur: „Wenn Ihnen kalt wird, dann werden Sie schon die Sachen tragen.“ Ich habe nie die Sachen getragen.

Eine Woche blieb ich dort. Dann brachten sie mich zum Militärgericht Çorlu, wo ich verhaftet wurde. Ich blieb ungefähr einen Monat im Militärgefängnis. Dort gab es zu Beginn die gleiche Zeremonie: „Schneide Deine Haare“ – „Ich lasse mir meine Haare nicht schneiden“ – „Trage die Uniform“ – „Ich ziehe keine Uniform an“ – „Steh auf“ – „Ich stehe nicht auf“.



*Ehemaliges Gefängnis Sinop
Foto: Rudi Friedrich*

Nach einem Monat, am 28. Dezember 2004, wurde ich zum Militärgericht gebracht. Aus Istanbul kamen Kriegsdienstverweigerer und antimilitaristische Frauen zum Prozess. Ich erläuterte ausführlich meine Gründe, warum ich Kriegsdienstverweigerer bin.

Es war das erste Mal, dass ich andere Kriegsdienstverweigerer und Antimilitarist*innen sah. Sie kamen zu meiner Unterstützung. Seit Jahren sind wir befreundet und mit den meisten von ihnen treffe ich mich noch immer.

An diesem Tag wurde ich freigelassen, aber direkt zum Militärbüro nach Çorlu gebracht. Dort gaben sie mir einen Marschbefehl und sagten: „Melde Dich in 48 Stunden bei Deiner Einheit“. Dann ließen sie mich laufen.

Ich folgte dem Marschbefehl nicht. Ich ging stattdessen zu Freunden nach Istanbul. Da ich mich nicht gemeldet hatte, beschloss das Militär, einen Haftbefehl zu erwirken.

Ich versuchte, sichtbar zu sein wie alle anderen Kriegsdienstverweigerer auch. Ich habe mich nicht versteckt. Ich wurde Mitglied des Menschenrechtsvereins Istanbul, später auch Mitglied des Vorstandes. Mit einem Ausschuss für Kriegsdienstverweigerung und dem örtlichen Ausschuss gründeten wir eine Plattform zur Kriegsdienstverweigerung, an der sich viele lokale Parteien und demokratische Organisationen beteiligten.

Mein Verfahren wurde wieder aufgenommen, als der Oberste Militärgerichtshof das Urteil aufhob. Ich nahm im Dezember 2006 an dem Prozess vor dem Militärgericht Çorlu teil, weil ich die Kriegsdienstverweigerung sichtbar machen wollte. Ich wurde wieder verhaftet und verurteilt. Zwei Monate später wurde ich rausgelassen und in Handschellen der Militärkaserne Tekirdağ/Beşiktaş überstellt.

Und wieder das Disziplinargefängnis... Es war dieselbe Zelle und Februar. Mitten in der Nacht schickten sie einen 20-jährigen Jungen zu mir in die Zelle. Seine Beine waren verbunden worden, da sie wund und geschwollen waren. Die Zelle war so klein, dass er sich nur in einer Ecke hinkauern konnte, wenn ich mich hinlegte. Ich gab ihm meine Decke, sagte, „Leg Dich hin, leg Dich hin“. Ich ging in eine Ecke der Zelle. Schon mit Decke war mir kalt gewesen, nun hatte ich keine mehr.

Der junge Mann hieß Ferhat. Er stammte aus einer nationalistischen und staatsstreuen Familie und ging begeistert zur Armee. Dort wurde er von Offizieren geschlagen und war Misshandlungen ausgesetzt. Er fand dort nicht das, was er erhofft hatte. Als er einen Marschbefehl erhalten hatte, ging er nicht zur Armee zurück. Erwischt wurde er, als er mit Freunden zusammensaß und trank. In Çorum, wo er lebte, wurde er mit einem Messer am Bein verletzt.

Nachdem sein Bein im Krankenhaus verbunden worden war, hielten sie ihn eine Woche lang fest. Der Verband wurde nicht gewechselt. Ich rief den Wachmann: „Ferhat hat Schmerzen, seine Wunde ist entzündet

und geschwollen. Er muss ins Krankenhaus.“ „Es gibt hier keinen Kommandanten“, erwiderte der Wachmann.

Ich bat um Schmerzmittel, aber es gab keine. Er stöhnte und lag dort bis zum Morgen. Morgens rief ich erneut den Wachmann. Dann kam der Direktor des Gefängnisses, ein Oberfeldwebel. Ich erklärte ihm die Situation. Gegen Mittag brachten sie ihn aus der Zelle. Er lächelte, als er die Zelle verließ. Ich umarmte ihn: „Pass auf Dich auf, es wird Dir gut gehen.“ Er dankte mir. Ich habe Ferhat nicht wieder gesehen.

Ich trug keine Uniform und hatte keine Rasur erhalten. Als zivile Person unterstand ich nicht der militärischen Ordnung. Sie hatten kein Recht dazu, mich zu zwingen. Die Türkei hatte die Europäische Menschenrechtskonvention unterzeichnet wie auch die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. Beide Konventionen garantieren die Gewissens- und Meinungsfreiheit und verbieten Misshandlungen. Die Türkei hält die Verträge jedoch nicht ein.

Ich sollte gezwungen werden, militärischen Befehlen nachzukommen. Als ich mich weigerte, wurde ich geschlagen und beleidigt. Ich wurde vier Mal verhaftet und jedes Mal wieder freigelassen. Jedes Mal wurde ich nach meiner Freilassung erneut in die Kaserne überstellt. Insgesamt verbrachte ich 18 Monate im Militärgefängnis.

Vor mir war es Osman Murat Ülke und Mehmet Bal ähnlich ergangen. Nach mir wurden Mehmet Tarhan, İnan Süver, Enver Aydemir und andere Kriegsdienstverweigerer einer ähnlichen Behandlung unterzogen.

Türkische Streitkräfte werden zur Berufsarmee

Die Transformation der Armee zu einer Berufsarmee hat an Fahrt gewonnen. Dies ist eine neue Situation. Der Staat plant die Professionalisierung der Armee.

Im neoliberalen Westen gibt es schon lange eine Geschichte von Berufsarmeen. Inzwischen haben fast alle diese Länder die Armee professionalisiert. Eine Gesellschaft, die dem Neoliberalismus und seinen Werten



*Militärparade in der Türkei
Foto: Timo Vogt*

verpflichtet ist, entwickelt diese Form des Militärs. Wettbewerb, Markt und Individualismus stehen im Vordergrund. Dort findet nun eine andere Form der Rekrutierung von Soldaten statt. Für die türkische Armee stellt dies jedoch eine neue Entwicklung dar.

Zwei Beispiele sind bemerkenswert:

1. Schweden: Die schwedische Armee versteht sich als Friedens- und Hilfstruppe. Ziel ist es, in Krisen und Kriegsgebieten Frieden zu schaffen und Lösungen zu bringen. Wer sich der Armee anschließt, soll also dabei helfen, Krisen zu lösen und Frieden zu bringen.

2. England: Hier wird einer Person, die zur Armee geht, versprochen, Führungsqualitäten zu entwickeln sowie die Fähigkeit, Waffen zu benutzen und Abenteuer zu erleben.

In beiden Fällen vermarktet sich das Militär wie ein Unternehmen. Es sagt den Menschen: Sie haben die Freiheit zu wählen und Sie sind es, die entscheiden. Dadurch nimmt die Verantwortung des Staates und der Gesellschaft gegenüber den Angehörigen des Militärs ab. Jetzt sind Sie wie ein Angestellter einer Firma. Es ist Ihre eigene Entscheidung, zum Militär zu gehen. Im Militär aufgenommen zu werden, ist wie eine Belohnung: „Sei ein Teil der Gemeinschaft und fühle Dich zugehörig.“

In beiden Ländern wird vor allem in ärmeren Regionen rekrutiert. Armut ist gleichbedeutend mit einem Ausschluss aus der Gesellschaft. Der Weg über das Militär wird aufgezeigt als ein Weg zur Teilhabe an der Gesellschaft: „Komm zu uns, halte Dich von Banden, Alkohol und Drogen fern, sei ein Teil der Community und fühle, wohin du gehörst.“

Wenn die Türkei heute die Zwangsrekrutierung zur Verteidigung der Heimat aufheben sollte, wird dies die Zukunft unvermeidlich verändern. In einer professionalisierten Armee sind die Armen die Zielgruppe für eine Rekrutierung, wie in den beiden genannten Beispielen.

Aber noch immer ist der Militärdienst eine lästige Pflicht. So ist weiterhin eine Kampagne gegen das Militär von großer Bedeutung. Entmilitarisierung und Frieden können ohne antimilitaristische Kampagnen nicht erreicht werden. Auch wenn weltweit die Zahl der Soldaten abnimmt, die Rüstungsindustrie wird größer und tödlicher. In dieser Hinsicht sind eine antimilitaristische Haltung und die Praxis der Kriegsdienstverweigerung auch darüber hinaus wertvoll. ■

Mit den Gezi-Protessen fing es an

Ich bin Mertcan Güler. Auch wenn ich als Kind nichts davon wusste, hatte ich schon als Kind die Idee, nicht zum Militär gehen zu wollen. Ich erinnere mich daran, dass ich im Alter von sechs Jahren meiner Oma erklärte, dass ich keinen Militärdienst machen werde. Er machte mir schon damals Angst. Meine Oma antwortete: „Bis deine Zeit gekommen ist, wird es sowieso keine Wehrpflicht mehr geben.“ Es ist mehr als 20 Jahre her und es gibt in der Türkei leider immer noch die Wehrpflicht.

Bis zu meinem Studium mussten wir jeden Montagmorgen vor Schulbeginn und jeden Freitagabend nach Schulschluss die Nationalhymne singen und das sogenannte „Unser Versprechen“ - *Andimiz* auf türkisch - aufsagen. Die türkische Nationalhymne und „Unser Versprechen“ schließt faschistische Elemente ein. Die ersten drei Sätze von „Unserem Versprechen“ lauten: - „Ich bin Türke. Ich bin richtig. Ich bin fleißig.“ Über die ständige Wiederholung manipuliert der türkische Staat die Kinder mit Militarismus und Faschismus während der ganzen Ausbildungszeit. Er indoktriniert sie, eine Art Gehirnwäsche.

Während meines Studiums fanden 2013 die Gezi-Proteste statt. Mein erstes politisches Engagement und die deutlichen Änderungen meiner Ideen begannen ab diesem Zeitpunkt. In den nächsten Tagen wurden weitere Videos, Bilder und Berichte über Polizeiterror in Istanbul hochgeladen. Was wir sahen war gruselig. Die Gewalt und der Terror gegen Zivilisten war abschreckend. Was uns und die anderen bewegte, war das aggressive Vorgehen der Regierung gegen ganz normale und sogar nicht-politisch motivierte Menschen, um den eigenen Willen durchzusetzen. Die islamistisch geführte Politik der AKP Regierung ist auch der Grund, dass ich mich dem Islam gegenüber kritisch stellte. Wir sahen nicht nur, sondern erlebten auch, wie brutal und faschistisch der Islam sein kann, wenn er an die Macht kommt.

Es ging uns nahe, als das 15-jährige Kind Berkin Elvan¹ durch eine Gasbombe am Kopf lebensgefährlich getroffen wurde und später im Krankenhaus seinen Verletzungen erlag. Wir konnten nicht ermessen, dass der Staatsterror soweit gehen würde. Wir demonstrierten dagegen. Wir wollten zum AKP-Gebäude laufen und davor demonstrieren. Die Polizei reagierte erneut mit Gewalt. Damit bewies sie, dass sie nicht dort war, um die Menschen zu schützen, sondern die Regierung. Wir liefen vor den Gasbomben und Plastikgeschossen weg, weil die Polizei bewusst und gezielt auf uns schoss. Auf der Flucht fanden wir Unterschlupf in einem Haus und versteckten uns dort bis wieder Ruhe herrschte. Da die Gefahr der weiteren Verfolgung bestand, gingen wir auf unterschiedlichen Routen nach Hause. Ich schaute mich die ganze Zeit um und fühlte mich unsicher.

Mertcan Güler



1 <http://www.kedistan.net/tag/berkin-elvan/>

Nach diesen Ereignissen verstand ich, dass ich Widerstand leisten muss um meine Grundrechte wie Meinungsfreiheit, Vereinigungsfreiheit und Versammlungsfreiheit zu verteidigen und um überleben und existieren zu können. Ich begann eine Recherche und tauschte diese Informationen mit meinen kurdischen und alevitischen Kommiliton*innen aus. Ich erfuhr was sie erlebten, warum sie litten. Ich konnte nicht mehr tatenlos zusehen und wollte gegen solche Ungerechtigkeiten etwas tun. Es hatte nichts mehr mit Herkunft, Religion oder Minderheit zu tun. Das war eine Sache der Menschlichkeit.

Ich möchte nicht, dass jemand meine Leiche nur wegen meiner politischen Ansichten in einer Kaserne findet. Ich werde die islamistische Regierung nicht mit dem „Märtyrer“-Schwachsinn füttern. Warum muss ich überhaupt jemanden töten? Warum soll ich für das „Vaterland“ kämpfen, wenn dieses Vaterland mich ausschalten möchte? Warum ist das überhaupt mein Vaterland, wenn ich nicht mal meine Meinung sagen darf und nicht existieren darf? Ich verweigere den Militärdienst aus Gewissensgründen und wegen meiner politischen und religiösen Ansichten.

Die Kriegsdienstverweigerung ist in der Türkei immer noch nicht anerkannt, obwohl sie ein Menschenrecht ist. Wer verweigert, bekommt zunächst Geldstrafen, danach Haftstrafen. Wann auch immer man in einem Hotel übernachten will, kommen Polizisten in der Nacht und verlangen, dass man ein Dokument unterschreibt, welches auferlegt, sich innerhalb von 15 Tagen zum Militärdienst zu melden. Wenn man irgendwann in eine andere Stadt reisen will und dabei kontrolliert wird, passiert das Gleiche, ebenso bei einer einfachen Ausweiskontrolle auf der Straße. Arbeiten darf man sowieso nicht. Der türkische Staat zwingt mich in einen Zivilen Tod, wenn ich kein Soldat werden möchte.

Das ist ein Wunde in der türkischen Gesellschaft. Weil der Staat und die Erdoğan-Regierung Gewalt und Militarisation immer verehrt haben, sehen die Menschen Militärdienst als ein Symbol für Männlichkeit und Patriotismus an. Ich aber sage Nein dazu. Ich rufe die neue Generation dazu auf, den Militärdienst zu verweigern, auch wenn es kein einfacher Weg ist. ■

Ich verweigere!

Ich werde vom ersten Tag an beginnen, als ich 19 Jahre alt war. Ich saß im Garten und bekam Besuch von einem redseligen Freund. Er sagte mir, dass wir zur Musterung gehen müssten. Ich sagte ihm: „Ich werde nicht zum Militär gehen, Du kannst ja gehen.“ Ich kann nicht erklären, warum ich mich schon damals verweigern wollte, aber es gab in mir immer eine Stimme, die mir sagte, dass mit dem Militärdienst etwas nicht stimmen könne.

Mein Freund war fassungslos und sagte: „Rebellierst du gegen den Staat! Sie werden Dich verschwinden lassen! Wohin willst Du gehen?“ Er sagte viele törichte Sätze, als ich ihm widersprach. Zuletzt wandte er sich an meine Mutter und sagte: „Tante, Ihr würdet auch in Schwierigkeiten kommen, sie werden Euch unter Druck setzen, damit Ihr nicht einem Verbrecher helft und ihn unterstützt.“

Schuldig?

Ich soll schuldig sein, wenn ich nicht zur Armee gehe. Aber diejenigen, die versuchen, mich in die Armee zu zwingen und mir eine Waffe zu geben, sollen nicht schuldig sein.

Meine Mutter sprach zu mir: „Mein Sohn, soll ich in diesem hohen Alter Deinetwegen noch ins Gefängnis gehen? Das wäre so, als wenn mir der Rücken gebrochen würde.“ So war für mich klar. Selbst wenn sie mich in diesem Moment in den Tod geschickt hätte, ich würde gehen.

Ich ging zur Musterung und wurde „tauglich“ erklärt. Nach einer Weile war es Zeit zum Militär zu gehen. Ich kam 2006 in die Kaserne nach Manisa.

Dann fing auch gleich die Gemeinheiten an. Sie beschwerten sich jeden Tag über mich und meine Freunde, die ich in der Armee gefunden hatte. Meine Freunde hörten Ahmet Kaya (Kurdischer Sänger, d.Red.) und sprachen kurdisch! Ich selbst kann kein kurdisch sprechen, aber meine Freunde sprachen kurdisch. Einige Soldaten beschwerten sich, es sei eine Sprache der Terroristen.

Ein Freund von mir konnte sich nicht zurückhalten und fragte: „Kommandant, wenn ein Argentinier hierher kommt, kann er dann nicht seine Sprache sprechen, wenn er kein türkisch spricht?“ Der Kommandant entgegnete: „Er hat einen Staat. Demnach dürfen diejenigen, die keinen Staat haben, ihre eigene Sprache nicht sprechen.“ Eine völlig andere Vorstellung.

Eines Tages stand ich in der Schlange und der Stabsgefreite kam zu mir. Er sagte: „Du hast jetzt eine Woche Strafdienst/Wache.“ Ich entgegnete: „Du kannst mich nicht einfach nach Deinem Gutdünken bestrafen.“

Onur Erden



Auf welcher Grundlage bestrafst Du mich. Bist Du ein Richter? Was ist meine Schuld?“ „Es bleibt dabei.“ „Nein, ich werde dem nicht folgen.“

In der Nacht sollte ich Wache schieben. Ich bin aber nicht aufgestanden. Der Stabsgefreite hat versucht, mich aufzuwecken und dazu zu

zwingen, den Wachdienst anzutreten. Ich habe mich mit ihm gestritten. Wir diskutieren 10 Minuten lang. Er sagte mir: „Wenn Du nicht aufstehst, werde ich Dich das nächste Mal schlagen.“ Ich sagte: „Versuch es doch.“ Dann sagte er „Wir sehen uns morgen.“ Dann ging er.

Am nächsten Tag beschwerte er sich beim Obergefreiten. Er rief mich zu sich. Meine Freunde warnten mich, bevor ich ging: „Mach keinen Unsinn, wir sind eh nur 28 Tage hier. Schieb doch die Wache!“

Der Obergefreite fragte mich, „Warum widersetzen Sie sich dem Befehl?“ Ich antwortete: „Ich habe nichts getan, das eine Bestrafung rechtfertigt.“ Er antwortete: „Ich werde dir den Kopf abschlagen. Wenn Du bestraft wirst, hast Du dem Befehl zu folgen. Du hast kein Recht, Dich zu widersetzen.“

Der Obergefreite sagte, er wisse, dass meine Freunde gesagt hatten: „Schau, wir bleiben insgesamt nur 28 Tage hier.“ Ich ging nicht darauf ein.

Ich überlegte im Stillen, ja, ich werde gehen und nie wieder kommen. Aber dann kam ein Leutnant. Er wies mich an: „Wenn mein Obergefreiter Sie bestraft, haben Sie kein Recht, Beschwerde einzulegen. Sie können den Befehl nicht in Frage stellen!“

Er fuhr fort: „Er wird den Befehl erteilen. Und wenn Sie dagegen Beschwerde einlegen, wird das an den Oberbefehlshaber weitergeleitet!“ Mir ging dann durch den Kopf, wenn er mir also befiehlt, mich umzubringen, hätte ich kein Recht, Beschwerde einzulegen.

Dann dachte ich im Stillen, „Mama, es tut mir leid. Es tut mir wirklich leid, aber diese Ungerechtigkeit kann ich nicht mehr ertragen.“

Es kam der Tag, an dem wir verlegt wurden. Ich konnte nach Hause gehen. Als aber der Tag kam, an dem ich wieder zum Militär gehen sollte, ging ich nicht. Auch ein anderer Freund von mir ging nicht.

Daraufhin versammelten sich die anderen Familien und kamen zu unserem Haus. „Onur gibt unseren Kindern ein schlechtes Beispiel. Weil er



Militärparade in der Türkei
Foto: Timo Vogt

nicht geht, wollen auch unsere Kinder nicht zur Armee gehen.“ Meine Mutter begann wieder, auf mich einzudringen und zu betteln.

Unsere Nachbarschaft ist rechtsextrem. Eigentlich haben sie einen kurdischen Hintergrund, sind entweder Familien aus Muş oder Afrin, aber sie wurden türkischer als die Türken.

Wieder konnte ich meine Mutter nicht enttäuschen. Mit der Nachbarschaft nahm ich es auf, aber mit meiner Mutter konnte ich es nicht! Vielleicht war dies mein größter Fehler, aber was hätte ich tun können?“

Ich sollte zu einem Ort namens Tekirdağ/Hayrabolu. Es war das erste Mal, dass ich den Namen hörte. Gab es so einen Ort überhaupt in der Türkei? Und nachdem ich dort war, fing der ganze Bullshit wieder an: „Vaterland! Ich opfere mich für dich, jeder Türke wird als Soldat geboren!“ Bruder, ich wurde nicht als Soldat geboren!

„Du nimmst die Waffe!“ „Nein, ich nehme sie nicht!“ „Du nimmst sie!“ „Nein, ich nehme sie nicht“. Dann Prügel!

Nach zwei Monaten brachten sie mich ins Krankenhaus. Bevor ich dorthin verlegt wurde, hatte ich solch einen Streit mit dem Stabsgefreiten, dass die Soldaten neben mir zu zittern begannen. Jeder hatte Angst vor ihm, er schlug erbarmungslos zu.

Aber ich war mir sicher, meiner Mutter zuliebe würde ich diese Grausamkeit nicht mehr erdulden. Ich durfte die Kaserne nicht verlassen, um in die Stadt zu gehen. Deshalb plante ich, mich ins Lazarett oder ins Krankenhaus überweisen zu lassen, um dann zu fliehen. Aber ich musste auf die Überweisung ins Krankenhaus warten.

Es vergingen zwei Monate, aber ich war immer noch nicht dran. Ich ging zum Stabsgefreiten und erklärte ihm, dass ich selbst ins Krankenhaus fahren und nicht auf den Transport warten will. Wir stritten uns. Nach einem großen Streit erhielt ich die Erlaubnis und ging. Ich kam nicht mehr zurück.

Wieder meine Mama, wieder meine Verwandten, wieder die Leute aus der Nachbarschaft, sie alle kamen auf mich zu. Meine Mutter sagte mir etwas, so dass es für mich leichter zu ertragen wäre, zu sterben, als diese Wörter zu hören. „Mein Sohn! Ich wollte immer, dass Du zur Armee gehst und Märtyrer wirst und in den Himmel kommst und mich mitnimmst!“ Schau, die Traurigkeit dieser Wörter!

In diesem Moment verlor ich meinen Glauben an die Liebe zu Gott oder zum Himmel. Eigentlich glaube ich an die Existenz Gottes, aber nicht an einen Gott, der Krieg will, sondern an einen Gott, der Frieden will. Ich glaube nicht an den Gott des Hasses, sondern an den Gott der Liebe.

Andere sagten, es gäbe kein Entkommen vor dem Tod oder dem Militärdienst. Es ist beeindruckend! Wer hat diese Menschen dazu gebracht, so etwas zu sagen? Ich bin sowohl wütend als auch traurig.

Einerseits sehe ich diese Leute auch als Opfer dieses Systems. Es ist nicht einfach, allein gegen ein ganzes System, ein bewaffnetes System

zu bestehen. Wenn von Soldaten die Rede ist, fangen die Menschen an zu zittern. Sie sagen, sie werden dich verschwinden lassen, oh huh. Kurz gesagt: Sie haben große Angst vor dem Militär.

Als ich zum ersten Mal das Wort Kriegsdienstverweigerung aussprach, spielten einige Leute verrückt: „Scheiße, hau ab, was ist Kriegsdienstverweigerung?“

Als Kriegsdienstverweigerer im Militär

Ich lehnte konsequent den Militärdienst ab und versuchte, ein Leben wie alle anderen Bürger zu führen. Aber das war schwer, fast unmöglich.

Ich ging ins Café und diskutierte mit Leuten über den Militärdienst. Aber sie ließen es nicht zu. Ein paar in zivil gekleidete Personen kamen und forderten mich auf, meinen Personalausweis zu zeigen. Ich sagte, dass ich den daheim hätte. „Wie heißen Sie?“ „Hasan.“ „Lüg nicht, nicht wahr, Onur Erden?“ Ich sprang auf, aber sofort warfen sie mich auf den Boden. Drei Leute, die mich schlugen, setzten mich auf den Rücksitz eines Polizeiautos und setzten sich auf mich. Sie brachten mich zur Polizeistation, zogen mich aus und ließen mich nur in Unterwäsche bekleidet zurück.

In meiner Unterwäsche hatte ich 10 Schlaftabletten versteckt. Wenn ich erwischt werde, wollte ich sie einnehmen und sterben, um nicht gefoltert zu werden. Ich vermutete, dass sie mich foltern würden.

Ich nahm die Pillen, als ich die Chance dazu bekam. Danach fiel ich in eine Art Ohnmacht. Ich schlief nicht, aber ich war auch nicht wach. In diesem Zustand übergaben sie mich an die Gendarmerie. Die Gendarmerie setzte mich auf den Rücksitz eines Autos, ein Soldat zu meiner Rechten, einer zu meiner Linken.

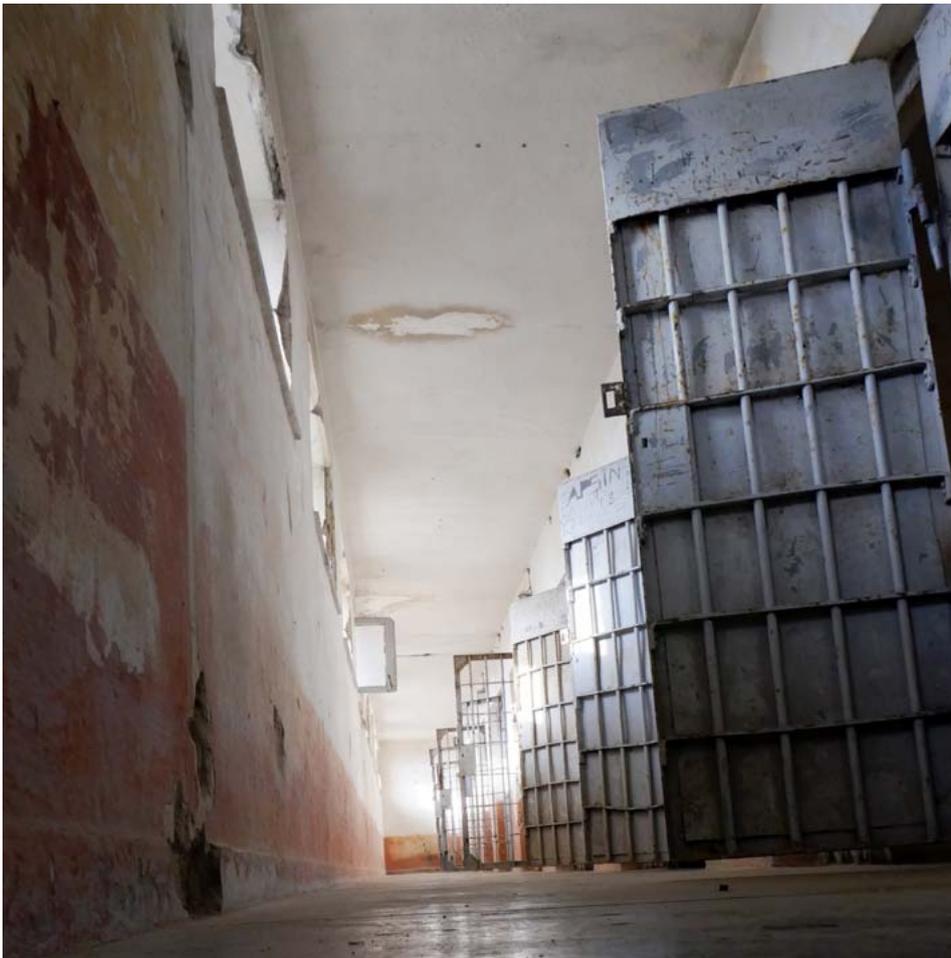
Sie brachten mich in ein Krankenhaus und legten mir eine Infusion an. Dann legten sie mich für eine Weile ins Bett. Danach brachten sie mich zur Gendarmeriestation und steckten mich in eine Zelle. Als ich zu mir kam, nahm ich das Bettlaken. Ich ging zur Toilette, band das Laken ans Fenster und legte es mir um den Hals. Ich wurde überwältigt. Als ich wieder aufwachte, war ich von Soldaten umringt. Sie entfernten alle Laken aus der Zelle. Der Kommandant sagte mir, ich bluffe nur, lege sie rein...

Sie riefen meinen Vater an und sagten, dass ich mich aufgehängt hätte. Mein Vater sagte ihnen, dass ihm das egal sei. Die Folter hat mich nicht zerstört, aber diese Worte meiner Eltern haben mich zerstört.

Zuerst brachten sie mich zur Militäreinheit. Dort hatte ich Gelegenheit, wegzulaufen und in den dritten Stock eines Gebäudes zu klettern. Ich schaute aus dem Fenster und dachte nach: Was ist, wenn ich dann nicht sterbe, sondern überlebe? Während ich noch darüber nachdachte, dass mich diese Schurken trotz meiner Verletzungen foltern würden, kam einer von hinten und erwischte mich.

Sie zogen mich durch das Fenster rein. Ich dachte nur, was nun passieren wird, wird schlimmer sein.

Ich war ungefähr fünf Tage in ihren Händen und beantwortete keine Fragen. Ich aß und trank nichts. Sie verhafteten mich und brachten mich zum Militärgericht. Der Staatsanwalt und der Richter wurden verrückt,



Ehemaliges Gefängnis in Sinop. Foto: Rudi Friedrich

weil ich nicht auf sie reagierte und nicht das tat, was sie wollten. Der Staatsanwalt drohte mir mit Elektroschocks.

Ein Militärwagen kam und brachte mich ins Gefängnis.

Manchmal frage ich mich, was ist der Militärdienst? Militärdienst bedeutet Krieg, Krieg bedeutet Töten, Vergewaltigung, Gewalt, den Verlust von Gliedmaßen, Armen, Beinen und Augen von Menschen, bedeutet Waisenkinder. Ich werde nicht zu denen gehören, die behaupten, dass das Militärsystem der Welt etwas Gutes geschaffen hat, etwas Besseres als Gewalt und Vergewaltigung.

Ich frage mich, was der Militarismus mit dieser Welt macht. Ich kann mir kein anderes Szenario vorstellen, als das, was ich selbst erlebe. Im Bürgerkrieg in Syrien, der einige Kilometer von unserem Haus entfernt begann und nach dem Bomben, die in unserem Bezirk explodierten,

wurden die Leichen einiger meiner Freunde und ihrer Familien in Stücken eingesammelt. Die 14-jährige Fatma Avlar, die während des Kampfes der türkischen Armee mit der YPG von einer 100 Meter von uns entfernt abgefeuerten Rakete getroffen und zerschmettert wurde, ist leider der konkrete schmerzhafteste Beweis dafür, dass ich die richtige Entscheidung getroffen habe.

Sie übergaben mich dem Militärgefängnis. An der Tür warteten ausgewählte Schlächter auf mich. „Er tut nicht, was wir sagen“, erklärten sie und gaben mich ab.

Sie wollten, dass ich stramm stehe und mich verneige. Ich tat es nicht. Ein Soldat ergriff meine Hände und zwang meinen Kopf nieder. Ich hob meinen Kopf wieder hoch. Er sagte: „Du wirst schon sehen!“

Sie zerrten mich an den Armen und brachten mich in ein Zimmer. 8-10 Soldaten schlugen auf mich ein, einige mit einem Schlagstock, andere mit einem Kick. Einige mit den Fäusten. Das ging mehrere Minuten so. Ich hatte seit fünf Tagen nicht gegessen und getrunken. Ich war sehr schwach. Ich fiel zu Boden und wurde ohnmächtig. Aber sie gossen kaltes Wasser über mich und schlugen weiter.

Sie wollten, dass ich mich ausziehe. Ich tat es nicht. Sie wurden wütend und fingen an härter zuzuschlagen. Ich antwortete nicht auf ihre Fragen und sie schlugen mich. Sie rissen mir die Kleider vom Leib, um mich mit einem Schlagstock zu vergewaltigen. Ein Soldat packte meine Hände und drückte meinen Kopf zwischen seine Beine. Dann kam ein Soldat herein und sprach mit mir: „Wenn Sie tun, was wir sagen und die Fragen beantworten, werde ich Sie in den Gemeinschaftsraum bringen.“ Als ich nicht tat, was er sagte und seine Fragen weiter nicht beantwortete, rief er den Befehlshaber an. Ein Soldat ging und kam nach ein paar Minuten zurück und erklärte, „Der Kapitän sagt: Fickt ihn!“

Sie begannen, meinen Kopf gegen die Wand zu schlagen. Mir wurde schwarz vor Augen, ich konnte nichts mehr sehen. Dann brachten sie mich irgendwohin und legten mich in ein Bett. Übrigens hatten sie mir vorher eine Uniform angezogen [im Türkischen wird abwertend der Begriff „Einheitskleid“ genutzt. Red.]. Nach einer Weile konnte ich wieder sehen, aber meine Augen und mein Kopf taten sehr weh.

Sie kamen erneut und brachten mich weg, um die Haare abzuschneiden. Danach schlug mich ein Unteroffizier. Sie brachten mich an die frische Luft und stellten ein Glas kaltes Wasser vor meinen Mund.

Ich konnte nicht widerstehen und trank das Wasser. Nachdem das einige Male so ging, sagte ich, dass ich nicht sprechen werde. „Wenn Sie keinen Dienst leisten, werden sie eine 10-monatige Haftstrafe bekommen.“ Ich sagte ihnen, selbst wenn es 10 Jahre wären, könnte ich es nicht tun.

Das erste Gericht verurteilte mich im Juli 2006 zu 12 Monaten Haft und reduzierte die Strafe bei guter Führung auf 10 Monate, d.h. 6 Monate 20 Tage wäre die Hälfte, um rauszukommen. Ich bat um Papier, um

Widerspruch einzulegen. Sie ließen es nicht zu. „Sie sind schuldig. An wen wollen Sie appellieren? Sie sind ein Vaterlandsverräter.“

In meiner Zeit im Gefängnis war ich Gewalt und Beleidigungen ausgesetzt. Ich war noch nie im Gefängnis gewesen. Jeden Morgen musste ich zwangsweise Übungen ableisten. Zudem traten sie mich. Eines Tages ging ich zur Krankenstation und sagte dem Arzt, dass sie mich Übungen ableisten lassen und ich geschlagen werde. Mein Arm fühle sich taub an. Aber wem erzählst du das? Der Arzt ist auch Soldat.

Er rief die anderen Soldaten an und sagte, „Lasst ihn mehr trainieren, damit er sehen kann, wer sich bei wem beschwert.“

Kurz gesagt, jeder Moment der sechs Monate und 20 Tage war schlimmer als der Tod, aber es ging vorbei.

Nachdem ich auf Bewährung freigelassen wurde, gaben sie mir einen Bericht, dass sie mich nicht an die Kaserne überstellen können, weil sie außerhalb der Provinzgrenze liegt. Ich müsse mich, wie gesetzlich vorgeschrieben, innerhalb eines Tages bei meiner Einheit melden.

Als Aussätziger gejagt

Ich wusste nicht, was ich tun sollte. Ich kannte keine Organisation, um meine Stimme zu Gehör zu bringen. Ich kannte auch keine Leute wie mich.

Die Militäreinheit war in Tekirdağ und ich war im Militärgefängnis in Çanakkale gewesen. Ich stieg in den Bus und fuhr zu meiner Heimatstadt Hatay. Dabei dachte ich, wie kann ich kämpfen, wo kann ich Unterstützung bekommen?

Ich hatte auch keine Gelegenheit, einen Anwalt einzuschalten. Welcher Anwalt würde es wagen, so einen Fall anzunehmen? Ich wusste es nicht.

Ich kam nach Hatay, aber ich wurde zu einem Aussätzigen. Alle bedrängten mich jeden Tag, meine Familie, die Menschen um mich herum, Beleidigungen, Beschimpfungen, sie schlossen mich aus.

Ich konnte nicht nach Hause gehen. Ich schlief in Moscheen und leeren Häusern. Ich versuchte mich von denen fernzuhalten die mich kannten, aber fast alle wussten von mir: Jeder kannte jeden.

Eines Tages kam ein Polizeiauto zu einer Tischlerei, bei der ich saß. Ich fing an zu rennen. Sie jagten mir nach, aber ich konnte entkommen und verließ die Stadt. Den Tag verbrachte ich auf den Feldern.

Während ich über das Land zog, sah ich an einem anderen Tag, als ich bei einem Sägewerk saß, das vom Ehemann meiner Tante geführt wurde, das Polizeiauto kommen. Erneut lief ich davon. Sie zogen eine Waffe, aber wegen der Leute konnten sie nicht schießen. Ich konnte wieder entkommen.



Im ehemaligen Gefängnis in Sinop. Foto: Rudi Friedrich

Sie fluchten hinter mir her und bedrohten den Ehemann meiner Tante: „Wenn Sie ihn noch einmal hierher lassen, werden wir Sie gleich mit verhaften.“

Die Polizei ging auch zu anderen und sagte ihnen, dass sie dem Staat helfen sollten. Solche Verbrecher sollten gefangen werden. Ich konnte nicht verstehen, welches Verbrechen ich begangen haben sollte.

Einige Zeit verbrachte ich außerhalb der Stadt, auf den Feldern oder auf dem Friedhof. Eines Tages, als ich außerhalb der Stadt auf dem Friedhof war, bemerkte ich jemanden, der schnell auf mich zukam. Ich fing an zu rennen. Dann hielt ein Polizeiauto in Zivil direkt vor mir. Drei Leute stiegen aus. Ich drehte mich um und lief los. Diesmal eröffneten sie das Feuer, aber sie konnten mich nicht erwischen, weil auf dem Friedhof dicke Bäume standen. Erneut konnte ich fliehen.

Mir wurde klar, dass ich nicht mehr in dieser Stadt, und auch nicht mehr in diesem Land bleiben kann. Ich fragte einen Freund, der mich verstand und bat ihn, mir einen gefälschten Personalausweis zu besorgen. Nach einer Weile konnte ich ihn erhalten und damit nach Nordzypren fahren.

Ich hatte vor über Nord- nach Südzypern zu gelangen, um Asyl zu beantragen. Aber ein Freund warnte mich: „Sie werden Dich dort

foltern. Sie werden Dich zwingen, eine türkische Flagge zu verbrennen und Dich dabei filmen. Sie werden Dir sagen, wenn Du es nicht machst, werden wir Dich in die Türkei abschieben und dort wirst Du noch mehr gefoltert. Sie werden dich wieder in die Türkei überstellen.“

Ich beschloss daraufhin, mit meinem gefälschten Pass (Ausweis) bei meinem Freund in Nordzypren zu bleiben. Ich versuchte, auf der Straße Rosen zu verkaufen. Das ging eine Weile so. Eines Tages hatten wir aber aus nichtigem Grund einen Streit mit einem Freund. Er drohte, mich auf fliegen zu lassen. So konnte ich nicht mehr in Nordzypren bleiben.

Ich ging in einen anderen Landkreis in der Nähe meiner Heimatstadt und begann unter falscher Identität zu leben.

Eines Tages rief mich meine Mutter an und sagte, die TV-Fernbedienung sei defekt. Ich ging hin und reparierte sie. Als ich das Haus wieder verließ, bemerkte ich zwei Polizisten in Zivil. Ich drehte mich um und

rannte los, aber zwei weitere Personen kamen aus einer Ecke und erwischten mich. Es war im März 2009.

Sie brachten mich unter Schlägen zur Polizeistation und übergaben mich der Gendarmerie. Dort wurde ich beleidigt und in eine Zelle gesteckt. Danach wurde ich zur Militäreinheit nach Tekirdağ gebracht, später zum Militärgericht und in das Gefängnis des 2. Korps von Çanakkale/Gelibolu.

Als wir dort ankamen, nahmen mir die Soldaten, die mich gebracht hatten, die Handschellen ab, um mich den anderen Soldaten zu übergeben. Ich nutzte die Gelegenheit und rannte weg. Ich lief in die Schule, die neben der Militäreinheit liegt. Ich sprang von einer Wand herunter. Der Unteroffizier, der mich verfolgte zog seine Waffe und sagte: „Halt, Onur, oder ich werde Dich erschießen.“

Ich sagte: „Schieß. Dann entkomme ich der Folter.“ Nachdem ich das gesagt hatte, steckte er die Waffe wieder weg. Ich war überrascht, aber ich wünschte, er hätte geschossen, weil ich danach schlimmere Erfahrungen als den Tod erwartete. Ich rannte weiter.

Der Unteroffizier stoppte eine Person auf einem Motorroller, die auf der Straße unterwegs war und holte mich ein. Ich konnte mich mehr rennen. So fassten sie mich. Sie warfen mich auf den Boden.

Vor Gericht

Im Militärgericht stand ein Soldat vor mir, anstelle eines Richters. Soldaten rechts und links mit G3-Gewehren. Ich erklärte: „Ich werde in meinem eigenen Land gefoltert. Wie lange werden die Soldaten das machen, die uns doch angeblich beschützen? Ich wurde unmenschlich behandelt. Sie drohten mir an, mich zu vergewaltigen. Sie wollten mein Geld nehmen. Endlose Gewalt und Beleidigungen.“

Ich erzählte dies dem Soldaten, der als Richter dort saß. Er sagte: „Wenn Sie eine Beschwerde haben, schreiben Sie eine Petition an die Militärstaatsanwaltschaft.“ Das tat ich.

Im Gefängnis angekommen, erwarteten mich die Soldaten und brachten mich sofort in das Zimmer des Majors Mustafa Inam. Er sagte mir: „Sie haben sich beschwert?“ „Ja.“ „Bei wem beschweren Sie sich? Folter ist eine normale Sache und Sie sind ein Verbrecher. Haben Sie nicht von Guantanamo gehört, dort wird viel schlimmer gefoltert. Wir werden Dich jetzt noch mehr foltern.“ Sie drohten mir mit weiterer Folter. Ich hatte keine Angst mehr. „Von nun an werde ich mich überall beschweren, immer wieder.“ „Ich verstehe“, antwortete er, „Sie haben nichts mehr zu verlieren.“ „Ja, Ihr habt mir nichts mehr gelassen, das ich verlieren könnte.“

Nun sagte der Major: „Ich verspreche Ihnen, dass Sie von nun an niemand mehr berühren wird. Hören Sie auf, sich über uns zu beschweren.“ „Nein“, entgegnete ich, „ich werde nicht aufgeben.“

Es ging hin und her, es wurde gedroht und schließlich sagte ich: „Bringt mich in die Zelle. Ich werde darüber nachdenken.“ So wurde ich das zumindest für kurze Zeit los.

Jedes Militärsystem ist grausam. Nachdem ich in meine Zelle kam, erhielt ich weiterhin Drohungen durch andere Gefangene.

Eines Tages kam der Major in meine Zelle und sagte, wenn ich meine Beschwerde aufrechterhalte, würde er alles leugnen, und die Misshandlungen anderen Soldaten unterjubeln. Wer weiß, was mit diesen Wehrpflichtigen dann passiert. Dann baten die Soldaten, dass ich mich nicht mehr beschwere: „Wir erfüllen doch nur unsere Pflicht, wir führen nur Befehle aus.“ Aber das ändert nichts. Tatsächlich sind sie freiwillig Soldaten und foltern gerne, sonst könnten sie das nicht machen.

Ich schrieb die Petition und steckte sie in meine Tasche, um sie der Staatsanwaltschaft zu übergeben. Aber auf dem Weg zum Gericht durchsuchten mich die Soldaten und fanden die Petition. Der Major sagte, er werde die Petition zurückhalten. Eigentlich wissen alle, wie es ist, aber ich wollte Widerstand leisten. Dann stand ich vor Gericht. Der Prozess wurde abgehalten und ich wurde zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt und vorläufig freigelassen.

Nun schickte ich von außen meine Petition an die Militärstaatsanwaltschaft des 2. Korps und den Richter am Obersten Gerichtshof. Den Brief schickte ich auch an den Premierminister. Zugleich sandte ich eMails an einige Nachrichtenportale und ging zu einem Anwalt in Atakya. Ich konnte keine Journalisten finden, der/die das Militärsystem kritisieren konnten.... Oder ich habe die eMails an die falschen Journalisten geschickt.

Ich sagte dem Anwalt, dass ich von meinem Recht auf Kriegsdienstverweigerung Gebrauch machen möchte, dass ich zwei Mal im Gefängnis war und dass ich gefoltert wurde. Er antwortete mir: „Sie werden keinen Anwalt finden, der Sie verteidigt, weil diese dann auch angeklagt und inhaftiert werden, wenn Sie einen Prozess anstreben.“

Er fragte mich, ob ich wisse, was Asyl ist, und fügte hinzu: „Kurz gesagt, der einzige Weg ist, aus der Türkei zu fliehen.“

Flucht nach Zypern

Daraufhin fuhr ich schnell nach Nordzypern und floh von dort nach Südzypern. Von Dezember 2009 bis Juli 2013 versuchte ich als Flüchtling wegen meiner Kriegsdienstverweigerung in Südzypern anerkannt zu werden. Aber ich wurde abgelehnt. Somit hatte ich keine Chance dort als Kriegsdienstverweigerer zu leben.

Ein Jahr lebte ich noch illegal in Südzypern. Eine Zeit lang hatte ich keine Unterkunft. Unterstützt von einem eritreischen Freund, den ich in Zypern getroffen hatte und der auch Kriegsdienstverweigerer ist, ließ ich

mich an einem Ort (Pension) nieder. Aber es war ein großer Fehler, für einen, der illegal im Land lebte.

In dieser Zeit erfuhr ich, dass der Militarismus in Eritrea so schlimm ist wie in der Türkei. Ich kann mir nicht vorstellen, dass Militarismus irgendwo auf der Welt ein gutes System ist. In einigen Ländern ist der Militärdienst zwar freiwillig und professionell, aber der Militarismus tötet.

Es dauerte nicht lange, bis die Polizei in die Pension kam, uns überfiel und mich festnahm. In Südzypern hatten alle Gerichte meinen Antrag abgelehnt.

Die südzypriotische Polizei verhaftete mich nicht nur, sondern beschlagnahmte auch alle Dokumente, die ich hatte. Sie brachten mich in eine Einzelzelle in einer Polizeistation.

Dann hörte ich von der Gründung eines Vereins zur Kriegsdienstverweigerung in der Türkei. Das war eine positive Entwicklung und gab mir Hoffnung. Nun gäbe es zumindest eine Organisation, die mich verstehen würde und in der Türkei war. Von den anderen Kriegsdienstverweigerern, die es in der Türkei gegeben hatte, wie Tayfun Gönül, erfuhr ich erst später. Meinem Kenntnisstand nach gab es bis 2013 keinen Verein in der Türkei.

Nachdem ich 20 Tage in Haft war, schoben sie mich im Juli 2013 über Jordanien nach Istanbul ab.



Ehemaliges Gefängnis in Sinop. Foto: Rudi Friedrich

Abgeschoben in die Türkei

Dort verhafteten sie mich und sperrten mich in einem Zimmer ein, da ich laut Zoll vom Militärgericht gesucht werde. Sie brachten mich zu einer Polizeistation und steckten mich dort in eine Zelle.

Am nächsten Tag wurde ich in das Militärgefängnis Kasımpaşa (Istanbul) gebracht. Mit Hilfe des Kriegsdienstverweigerers Oğuz Sönmez wurde der Anwalt Davut Erkan organisiert. Er wartete am Eingang.

Ich war sehr besorgt. Ich konnte die Erlebnisse, die ich nach dem Betreten des Militärgefängnisses erlebt hatte, nicht überwinden. In Zypern war ich wegen meiner Angstzustände behandelt worden und nahm Medikamente ein. Aber das hatte es nicht besser, sondern schlechter gemacht.

Dank des Anwalts Davut Erkan war es das erste Mal, dass ich in einem Militärgefängnis nicht gefoltert wurde. Aber die systematische Unterdrückung endete nie.

Nach einer Woche brachten sie mich wieder in das Gelibolu-Gefängnis. Dort war ich wieder vor Gericht. Leider war auch der Richter Zwangsdienst leistender Soldat. Er sagte, dass er eigentlich „ein ziviler Richter“ sei. „Ich diene dem Staat, aber sie wollen auch von mir, dass ich im Dienst eines Soldaten als Richter arbeiten muss.“ Er fuhr fort: „Ich verstehe Dich, aber es gibt kein Gesetz, nach dem ich Dich gehen lassen kann. Wenn Sie sich bereit erklären, Militärdienst abzuleisten, werde ich Sie nicht verhaften. Und wenn Sie ihren Militärdienst beenden, werde ich den Fall fallen lassen.“ Ich lehnte ab.

Ich ging zurück ins Militärgefängnis. Wieder „begrüßten“ sie mich an der Tür, aber es gab keine körperliche Folter, diesmal gab es psychische Folter. Die sogenannte Körperdurchsuchung wird durchgeführt, indem man sich auszieht und sich bückt. Aber diesmal waren sie barmherziger mit mir. Zwei Soldaten hielten zum Beispiel ein Bettlaken um mich.

Vorher war diese Durchsuchung vor vielen Soldaten gewalttätig gewesen. Man zog sich auch aus, indem die Kleider vom Leib gerissen wurden. Sie tönnten: „Du hast einen so schönen Arsch.“ Dieses Mal war die Behandlung sozusagen human.

Die Kämpfe der Kriegsdienstverweigerer und die Aktionen des Vereins für Kriegsdienstverweigerung wirkten sich hier aus. Es hatte einige Veränderungen im Militärgefängnis gegeben. Von übermäßigen Urteilen wurde abgesehen, die Folter an einigen Orten, wenn auch nicht überall, wurde untersagt. Der Zwang zum Tragen einer Uniform wurde bis auf bestimmte Umstände abgeschafft, auch obligatorische Übungen oder Arbeit bis auf weiteres eingestellt.

Aber es gab Soldaten, die durchdrehten, wenn sie das Wort Kriegsdienstverweigerung hörten. Ich sagte, dass ich ins Krankenhaus gehen will. Sie antworteten: „Sie weigern sich Militärdienst abzuleisten? Und Sie wollen ins Krankenhaus?“ Ich beantragte einen Personalausweis. Sie antworteten: „Sie leisten keinen Militärdienst ab? Und Sie möchten einen

Personalausweis haben? Es gibt Leute, die die Staatsbürgerschaft dieses Landes nicht verdienen.“ Ich antwortete: „Ich bin auch nicht begeistert davon.“ Nach einem einmonatigen Kampf im Militärgefängnis erhielt ich einen Personalausweis.

Teufelskreis der Verfolgung

In der Zwischenzeit ging es um die Reststrafe der Bewährung meiner ersten Strafe. Ich erwartete, dass der Richter diese zu der neuen Strafe hinzufügt. Der Richter sagte, dass er den Rest der Gefängnisstrafe in eine Geldstrafe umwandeln würde mit einem Tagessatz von 20 TL und meine Inhaftierungen mit 100 TL bewerten wird. Somit sollte der Staat dann 3.000 TL an mich nachzahlen. „Sie haben Dich zu lange inhaftiert“, sagte er. Er könne die Strafe davon abziehen, die ich noch erhalten würde. Das war doch echt nicht zu fassen. Er war wie ein Schatz.

In der nächsten Verhandlung erklärte er mir: „Ich kann Dich nicht länger festhalten. Ich weiß, Du wirst keinen Militärdienst leisten und so wirst Du wieder ins Gefängnis kommen. Aber jetzt muss ich Dich freilassen.“ Und so kam es auch. Aber sie stellten mir wieder einen Marschbefehl aus, dass ich mich innerhalb eines Tages bei der Kaserne melden solle. Auf das Dokument schrieb ich noch im Militärbüro: „Das lehne ich ab.“ Der Kommandant war fassungslos: „Warum lehnen Sie es ab?“ „Ich kann diesem Befehl keine Folge leisten.“ Nach einigem Hin und Her ließen sie mich gehen.

Ich kehrte nach Hatay zurück. Wieder kam die Polizei zu mir nach Hause und brachte mich in das Rekrutierungsbüro. Dort wurde ein Bericht erstellt und ich konnte wieder gehen.

Die Gesetze hatten sich in der Zwischenzeit geändert. Früher wurde ich in Handschellen zur Militäreinheit gebracht. Nun brachten Sie mich ins Militärbüro, erstellten ein Protokoll und drohten mir Strafverfolgung an, wenn ich mich nicht innerhalb von zwei Tagen melde. Es war besser als vorher, aber die Verfolgung hörte damit nicht auf.

Zurück in Hatay war ich familiären und wirtschaftlichen Belastungen ausgesetzt. Ich hatte Probleme einen Job zu finden. Ich dachte daran, in eine andere Stadt zu gehen, um den Druck loszuwerden und Arbeit zu finden. Daher ging ich nach Antalya. Aber da holte mich im Sommer 2015 die Gendarmerie.

Als ich das Zimmer des Direktors betrat, versammelten sich alle und warteten schon auf mich. Sie sagten mir, dass ich wegen Vergehen gegen das Militärstrafrecht gesucht werde. Ich sollte es ihnen erklären, aber ich wusste schon, dass sie das nicht verstehen würden. Wenn ich ihnen sagen würde, ich sei ein Kriegsdienstverweigerer, würden sie antworten: „Was ist denn das?“ Dann würde die Polizeistation und das Militärbüro folgen. Ich stritt mich nicht mit den Beamten. Dann wurde ich unter der Drohung, den Vorgang an das Militärgericht weiterzuleiten,

freigelassen. Ein weiteres Strafverfahren wurde eröffnet. Mein Arbeitsplatz wurde mir gekündigt. Ich habe noch ein paar ähnliche Versuche gestartet, aber die Polizei kam immer wieder, wohin ich auch ging.

Danach kamen sie verschiedene Male zu meiner Unterkunft und holten mich. Ich wurde auch mehrmals aus den Bussen heraus verhaftet. Mehr als ein weiteres Strafverfahren wurde eröffnet. Ich konnte mich in der Türkei nirgendwo niederlassen.

In der Zeit 2018 und 2019 gab es zwei Strafverfahren, die beide mit einer Haftstrafe von 10 Monaten endeten. Die zweite rechtskräftige Haftstrafe hätte in eine Geldstrafe umgewandelt werden können.

Ich habe mich im Dezember 2018 in den offenen Vollzug in Kırıkhan (Hatay) begeben. Nach 22 Tagen wurde ich auf Bewährung freigelassen, unter der Auflage, in einem Krankenhaus zu arbeiten und mich bei der Polizei zu melden und eine Unterschrift zu leisten.

Ich begann nach Möglichkeiten zu suchen, um ins Ausland zu fliehen, als ich im staatlichen Krankenhaus arbeitete. Ich fand einen Weg, ahnte aber nicht, was mir noch bevorstand.

Flucht nach Deutschland

Ich beschloss, nach Deutschland zu fliehen, was ich für das sicherste Land hielt.

2020 erreichte ich Deutschland, aber ich war in einem miserablen Zustand, körperlich wie seelisch. Ich wusste, dass ich in Deutschland Asyl beantragen könnte. Aber die Flüchtlinge müssen in einer Situation leben, die an die Türkei erinnert. Mein Antrag wurde abgelehnt.

Ich habe verstanden, dass Kriegsgegner kein Recht zu haben scheinen, in dieser Welt zu leben. Tatsächlich gibt es keinen Grund dafür, dass sich Kriegsdienstverweigerer erklären müssen. Gründe brauchen vielmehr diejenigen, die uns dazu zwingen, uns an Waffen ausbilden zu lassen und die Kriegführung zu erlernen.

Es kann nicht zu einer friedlichen Welt kommen, indem immer mehr Waffen und Bomben hergestellt werden. Die größten Verbrecher sind die Länder, die aufgrund eigener Interessen in den Krieg ziehen und unschuldige Bürger zur Teilnahme zwingen. Kein Staat hat das Recht, seine Bürger dazu zu zwingen. ■

25 Jahre Solidarität mit Kriegsdienstverweigerern aus der Türkei

Franz Nadler

Connection e.V.

Wie die Welt sich doch verändert! Widerstand gegen den Militärdienst gab es wohl schon immer, vor allem als Fahnenflucht und Desertion. Die Kriegsdienstverweigerung (KDV), die offene Ablehnung des Militärdienstes, gar jenseits von zumeist christlichen religiösen Gruppierungen, entwickelte sich erst Anfang des 20. Jahrhunderts vor allem in den Ländern der nördlichen Hemisphäre. Ein erstes Recht auf Kriegsdienstverweigerung entstand 1921 in Norwegen; in Deutschland erst 1949 als Reaktion auf die massenhafte Verfolgung und Ermordung von Kriegsgegner*innen durch den Faschismus. Aber auch in anderen „christlichen“ Ländern setzte es sich immer mehr durch, zuletzt 1992 in der Schweiz.

Dass die Kriegsdienstverweigerung auch in anderen Kulturkreisen jemals eine Relevanz entwickeln könnte, galt noch in den 70er Jahren, in denen ich politisch sozialisiert wurde, als nahezu ausgeschlossen. Heute ist es gerade andersherum. In Deutschland gibt es praktisch keine entsprechende Bewegung mehr, nachdem die Wehrpflicht ausgesetzt wurde, da die Mehrheit verweigerte bzw. untauglich war und um die Bundeswehr zu professionalisieren. Jetzt ist die Frage der Kriegsdienstverweigerung nur noch für relativ wenige Soldat*innen und Reservist*innen relevant. Im Gegensatz dazu nimmt die Bedeutung der Kriegsdienstverweigerung z.B. in der islamisch geprägten Türkei seit Jahren an Bedeutung zu.

Unsere Geschichte

Wir hatten hier in Offenbach im Rahmen der *Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen* (DFG-VK), auch aufgrund eigener Erfahrungen mit den schikanösen Gewissensprüfungen, Ende der 70er Jahre eine Beratung für Kriegsdienstverweigerer aufgebaut, die gerne in Anspruch genommen worden ist. Darüber hinaus betätigten wir uns antimilitaristisch im Rahmen der Friedensbewegung, wobei uns immer die internationale Zusammenarbeit mit Gleichgesinnten wichtig war.

Als in der BRD das Kriegsdienstverweigerungsverfahren vereinfacht wurde und sich der Beratungsbedarf verringerte, konzentrierten wir uns zunächst auf den Zivildienst, der ja eine Erfüllung der Militärdienstpflicht darstellt und zugleich eine entrechtete (Zwangs-)Arbeit ist. Somit war es klar, dass wir Totale Kriegsdienstverweigerer, die den Zivildienst ablehnten und deswegen mit Gefängnis bedroht wurden, ebenfalls unterstützten.

Ab Mitte der 70er Jahre begann dann die Unterstützungsarbeit in anderen Ländern als Arbeitsgruppe Südliches Afrika in der DFG-VK, ab

1990 als AG KDV im Krieg und ab 1993 als Connection e.V. Seitdem ist die Arbeit zur Türkei einer unserer Schwerpunkte.

Breite Solidaritätsarbeit

Wir waren beileibe nicht die einzige Organisation, die sich in die Solidaritätsarbeit mit Antimilitarist*innen in der Türkei eingebracht hat. Ich will im folgenden einen Überblick geben über die verschiedenen Aktivitäten, Arbeitsformen und Ansätze der unterschiedlichsten Gruppen.

Doppelstaater und „Freikaufsregelung“ – bis heute Thema

Kontakte in die Türkei hatten wir anfangs keine, und auch Informationen, die unseren Themenbereich betrafen, waren rar. So sammelten wir zunächst alles irgendwie Interessante. Das älteste Dokument in unserem Archiv ist ein Urteil des Verwaltungsgerichts Bremen vom Februar 1985. Ein in Deutschland lebender Türke (Doppelstaater) hatte geklagt, damit er neben dem damals 22-monatigen Militärdienst in der Türkei, den er leisten wollte, nicht auch noch 15 Monate in der Bundeswehr dienen muss. Seine Klage wurde abgelehnt mit der Begründung, dass die Türkei das entsprechende Übereinkommen des Europarates über die Vermeidung von doppeltem Militärdienst nicht unterzeichnet habe. Durch die Aussetzung der Wehrpflicht in Deutschland existiert dieses Problem heute so nicht mehr. Ja, es kam in der Zwischenzeit sogar dazu, dass auch der abgeleistete Zivildienst in Deutschland vom Militär in der Türkei als Erfüllung der Militärdienstpflicht anerkannt worden ist. Aber: In Deutschland leben über 3 Millionen Menschen mit türkischer Herkunft. Wenn sie nur die türkische Staatsangehörigkeit haben oder Doppelstaater sind unterliegen die Männer im entsprechenden Alter der Militärdienstpflicht in der Türkei. Kommen sie ihr nach, verlieren sie in der Regel



In Aachen. Foto: Rudi Friedrich

ihren Arbeitsplatz und viele von ihnen auch ihren Aufenthaltsstatus. Um dieses Dilemma abzumildern hatte der türkische Staat die Möglichkeit geschaffen einen verkürzten Militärdienst abzuleisten und eine nicht gerade geringe Summe zu bezahlen, die dann dem türkischen Militär zugute kommt (sog. Freikaufsregelung). 1985 waren es noch zwei Monate Dienst und 17.000 DM (ca. 8.500 €). 2011 betrug die Summe 13.000 €, derzeit etwa 5.000 €. Seit 2012 ist kein verkürzter Militärdienst mehr abzuleisten, sondern ein Fernunterrichtsprogramm des Verteidigungsministeriums. Seit 1995 wurden auf diese Weise, so hat man ausgerechnet, 1,2 Mrd. € gezahlt. Alljährlich zahlen an die 30.000 Männer aus Deutschland den Betrag ein. Auch wenn das alles mit Kriegsdienstverweigerung nichts zu tun hat, so haben wir doch bis heute eine Vielzahl von Anfragen zu diesem Themenbereich.

Asyl für Kriegsdienstverweigerer aus der Türkei in Deutschland

Der erste Kriegsdienstverweigerer aus der Türkei in Deutschland war wohl Aziz Koşgin, der 1991 öffentlich verweigert hat und 1998 in der DFG-VK, in Übach-Palenberg bei Aachen, eine spezielle Beratungsstelle für türkische Kriegsdienstverweigerer (*Savaş Hizmetini Reddedenler Girişimi/SHRG*) aufbaute. Die türkischen Zeitungen, die darüber berichtet haben, wurden konfisziert (z.B. Devrimci Proleterya, Azadi). Mit ihm haben wir über viele Jahre intensiv zusammengearbeitet. Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist, dass Aziz nicht wie die Mehrheit der Kriegsdienstverweigerer der folgenden Jahre Kurde war, sondern Lase (Volksgruppe am Schwarzen Meer).

Nach Aziz gab es bis heute eine nicht gerade geringe Anzahl von türkischen Staatsbürgern, die teils mit uns, teils autonom auf individueller Basis, oft mit lokaler Unterstützung, in Deutschland ihre Kriegsdienstverweigerung erklärt haben.

Ebenso wichtig war später Mustafa Ünal, der am 23. Januar 1996 im Berliner Stadtparlament öffentlich verweigerte und dabei seinen Wehrpass verbrannte. Anschließend errichtete er in der DFG-VK Berlin eine türkischsprachige Beratungsstelle ein. Und schließlich hat Cemal Sinci (ein alevitischer Kurde) in Frankfurt/Main am 28. Januar 1997 zusammen mit 10 Freunden eine türkische Kriegsdienstverweigerungsorganisation (*Frankfurt Savaş Karşıtları Derneği/FSKD*) gegründet. Cemal war schon in der Türkei und während des Studiums in Deutschland politisch aktiv. Er war der erste Kriegsdienstverweigerer aus der Türkei, der Asyl beantragt hat und mit dem wir jeden Schritt seines Asylverfahrens intensiv beraten haben. Die Kriegsdienstverweigerungserklärung sollte so öffentlich wie möglich sein. So kam es im Februar 1998 zu einer überfüllten Pressekonferenz in Frankfurt, bei der neben Cemal und dem Anwalt auch Bundestagsabgeordnete von SPD und Grünen (Zapf und Özdemir)

unterstützend anwesend waren. Die Presseresonanz in Fernsehen und Zeitungen war wirklich gut. Aufgrund seiner vielfältigen politischen Aktivitäten bekam er im April 1998 dann als erster Kriegsdienstverweigerer aus der Türkei tatsächlich Asyl. Und: Cemal ist bis heute bei Connection e.V. aktiv.



1995 vor dem türkischen Konsulat in Frankfurt/M.
Foto: Rudi Friedrich

Ein Schwerpunkt der Arbeit mit Kriegsdienstverweigerern aus der Türkei in Deutschland in den 90er Jahren waren öffentliche Verweigerungen. Organisiert von *Connection e.V.* fand eine solche mit neun Teilnehmern erstmals am 17. Mai 1995 in Frankfurt statt. Unterstützt wurde diese Aktion von *Connection e.V.*, SHRG, AG „KDV im Krieg“ und der Selbstorganisation der Zivildienstleistenden. Dabei wurde nicht nur die Aktion mit den potentiellen Verweigerern gemeinsam vorbereitet, sondern in einem Seminar darüber hinaus die gemeinsame Erklärung, was eine intensive Auseinandersetzung mit dem Thema mit sich brachte. Das Foto mit den Verweigerern, die (Spielzeug-)Gewehre zerbrechen, war ein starkes Symbol, das auch im Ausland vielfach publiziert wurde. In den nächsten Jahren gab es dann noch etliche weitere öffentliche Verweigerungen mit z.T. erheblich mehr Teilnehmern z.B. in Marburg, Dortmund, Essen (29), Saarbrücken (20), Emden, Hannover, Frankfurt

(2002: 39), Kassel (über 50!). Diese wurden zwar von uns unterstützt, aber nicht organisiert.

Insgesamt haben in den 90er Jahren in Deutschland wohl so zwischen 200 und 300 öffentlich ihre Kriegsdienstverweigerung erklärt. Von denen, die hier Schutz suchten, konnten im Laufe der Jahre die meisten ihren Aufenthalt legalisieren. Viele dieser Aktionen wurden nicht nur in der lokalen Presse oft mit großen Beiträgen dokumentiert, sondern fanden in einzelnen Fällen auch Resonanz in der internationalen Presse (Österreich, Schweiz, Frankreich, Belgien, Niederlande ... USA, Südafrika), und auch in der Türkei. Ja, es gab damals in Deutschland erheblich mehr Kriegsdienstverweigerer aus der Türkei als in der Türkei selbst. Aber diese Bewegung zeigte auch dort Resonanz. So kam es in der Folge auch in türkischen Städten zu öffentlichen Verweigerungsaktionen, z.B. 1996 in Istanbul. Der Vollständigkeit halber: Es gab öffentliche Kriegsdienstverweigerungserklärungen auch in den Niederlanden, Großbritannien, Dänemark und Frankreich.

Nicht alle, die damals öffentlich verweigert haben, haben das mit Hinblick auf ihr Asylverfahren gemacht. Aber es waren doch die meisten und davon wiederum war die Mehrheit Kurden. Es gab wohl auch einige, die dem Gerücht glaubten, dass ihre Teilnahme an solch einer Aktion ihnen zu Asyl verhelfen würde. Dass dies nur eingeschränkt gilt, haben wir in den Vorbereitungsseminaren immer wieder betont. Denn: In Deutschland ist die Kriegsdienstverweigerung kein Asylgrund, und so haben wir bis heute immer viel Arbeit mit der Unterstützung von Kriegsdienstverweigerern aus der Türkei im Asylverfahren. Dabei gestaltet sich der Kontakt zu den Asylsuchenden oft als sehr schwierig, da sie sich ja meistens in abgelegenen Asyllagern befinden und das Asylverfahren und insbesondere die Anerkennungskriterien so gefasst sind, dass selbst Spezialisten sie kaum durchschauen. Oft sind es dann deren Anwält*innen, die sich bei uns melden. In manchen Fällen richten sich auch Gerichte, nicht nur aus Deutschland sondern auch aus Österreich, Schweiz, Belgien und Niederlande, an uns mit der Bitte um Auskunft. Und da schließlich viele weder Asyl noch Duldung noch ein Bleiberecht bekommen – werden sie abgeschoben. In diesen Fällen versuchen wir noch ein Kirchenasyl zu vermitteln, wenden uns an PolitikerInnen und Landtage – und falls es dann tatsächlich zur Abschiebung kommt, versuchen wir unsere Kontakte in die Türkei zu nutzen, damit der Betreffende dann z.B. in Istanbul eine/n Ansprechpartner*in hat, auch wenn er meist sofort festgenommen wird.

Kriegsdienstverweigerung in der Türkei

Dass es auch in der Türkei Kriegsdienstverweigerer gibt, haben wir lange nicht gewusst. So haben wir von dem ersten Verweigerern, Tayfun Gönül und Vedat Zencir, 1989 bzw. 1990, und ihrer Erklärung in der

Zeitschrift „Sokak“ (Strasse) erst später erfahren. Zentral war für uns Osman Murat Ülke, genannt Ossi. Er ist in Nordrhein-Westfalen geboren worden und in Pforzheim aufgewachsen. Mit 15 Jahren steckten ihn die Eltern in ein „schreckliches Internat“ bei Izmir in der Türkei, wovon er sich schon bald emanzipierte. Nachdem er den extremen Militarismus der türkischen Gesellschaft erlebt hatte, entschloss er sich ihm den Kampf anzusagen. Am 1. September (Antikriegstag) 1995 verkündete er in Izmir öffentlich seine Kriegsdienstverweigerung und verbrannte dabei seinen Einberufungsbescheid. Dabei war eine Delegation der *War Resisters' International* (WRI) aus fünf Ländern. In den folgenden Jahren unter-



Osman Murat Ülke
Foto: Rudi Friedrich

lag er einem sich wiederholenden Kreislauf von Einberufung, Strafverfahren, Gefängnis. Er klagte beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte – und bekam 2006 Recht. Das Gericht bezeichnete sein Schicksal als „ziviler Tod“, sprach ihm Entschädigung zu und forderte, dass das inzwischen sowohl auf europäischer wie auch internationaler Ebene akzeptierte Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung auch von der Türkei akzeptiert werden müsse. Die Türkei zahlte die vom Gerichtshof festgelegte Entschädigung, legalisierte aber nicht den Status von Ossi. Er lebt nach

wir vor unter den Bedingungen des „zivilen Todes“.

Ossi haben wir auf vielfältige Weise unterstützt. So haben wir ihn schon vor seiner öffentlichen Verweigerung mehrmals zu Praktika und Rundreisen nach Deutschland (zusammen mit Aziz Koşgin und Christian Bartolf, 1993 und 1995) eingeladen um so die Solidarität für ihn für die abzusehende Inhaftierung zu gewährleisten. 1995 war er zum Internationalem Tag der Kriegsdienstverweigerung (Motto: „Kriegsdienstverweigerer brauchen Asyl!“) hier, konnte eine Rede im Deutschen Bundestag halten, und es kam zu einem Empfang bei der Bundestagsvizepräsidentin Antje Vollmer (Grüne), von dem sich Abgeordnete/„Experten“ von SPD und CDU distanzieren, da die Kriegsdienstverweigerung lediglich ein „Ausnahmerecht“ sei. Über die *Zentralstelle zum Recht und Schutz der KDV* konnte der Kontakt zu allen Parteien des Bundestages hergestellt werden. Ossi und Azis brachten ihre Anliegen dort bei einem Treffen vor, und die Parlamentarier*innen wurden dann auch wirklich aktiv, so z.B. Thomas Kossendey von der CDU. Aber natürlich haben auch sie praktisch kaum etwas Entscheidendes bewirkt. Das gilt auch für die vielfältigen, weltweiten Aktivitäten für Ossi von *amnesty international* im April 1997. Mit unserer Unterstützung wurden dem SKD bzw. ihm direkt drei

wichtige Preise verliehen: 1996 dem SKD der Friedrich Siegmund-Schultze-Förderpreis (Evangelische Kirche), 1997 der Bayerische Friedenspreis der DFG-VK Bayern und 2007 der Clara Immerwahr-Preis der IPPNW (Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges), was jeweils erneut mit etlicher Presseöffentlichkeit einherging.

Nach ihm haben wir Dutzende weiterer Kriegsdienstverweigerer unterstützt und ihre Fälle öffentlich gemacht. Zumeist waren das Fax-Aktionen an türkische Behörden. Am 3. Dezember 1999 haben wir in Zeitungen (Süddeutsche und Evrensel sowie Özgür Politika) Anzeigen geschaltet mit der Forderung nach Legalisierung der Kriegsdienstverweigerung. Die türkischen Zeitungen wurden daraufhin konfisziert.

SKD Izmir

Ossi war auch derjenige, der wesentlich dazu beitrug, dass zusammen mit anderen Kriegsdienstverweigerern und Unterstützer*innen im Dezember 1992 die erste Kriegsdienstverweigerungsorganisation in der Türkei entstand: ISKD (*Izmir Savaş Karşıtları Derneği*). Über den ISKD liefen dann auch die zahllosen Solidaritätsaktivitäten für Ossi und dann auch für die anderen, die beileibe nicht nur aus Deutschland kamen.

In den 90ern gab es in Europa noch eine lebhaftige Kriegsdienstverweigerungsbewegung, zu der auch die türkische gehörte. So war es zwar wagemutig, aber doch folgerichtig, das alljährliche *Internationale Treffen zur Kriegsdienstverweigerung* (ICOM/International Conscientious Objectors Meeting) im Juli 1993 in der Türkei, in Ören, an der Ägäis-Küste, auszurichten. Schließlich kamen 90 Leute aus 19 Ländern, darunter Kolumbien. Die Kommunikation war sicherlich nicht einfach. So blieb mir bis zuletzt schleierhaft, was das Interesse der großen Anzahl türkischer Anarchist*innen an dem Treffen war, da ohne Übersetzung eine Unterhaltung einfach nicht möglich war. Aber das Interesse aneinander war dafür umso größer und führte in der Folge sowohl zu einer Stärkung der Kriegsdienstverweigerer in der Türkei als auch zu mehr internationaler Solidarität. Es gab auch bemerkenswert viel Presseresonanz. So gab z.B. Rudi Friedrich der Tageszeitung „Aydınlık“ (Licht) ein ganzseitiges Interview zum Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung.

Am 8. November 1993 wurde der SKD Izmir verboten; er hatte damals etwa 300 Mitglieder. Journalisten, die über Kriegsdienstverweigerer berichteten, wurden verhaftet und ihre Zeitungen geschlossen. Der Verein konnte im Februar 1994 dann wieder neu gegründet werden, eine Broschüre „Die Militärgerichtsbarkeit in der Türkei“ (Mai 1994) entstand. Immer wieder gab es Verfahren gegen den Verein, er konnte jedoch trotzdem kontinuierlich weiterarbeiten. Ich war 1999 für einen Monat in Izmir und mir sind noch gut die mit Jugendlichen überfüllten Räume in Erinnerung.

Der SKD hat sich später aufgelöst, aber die Kontakte zu den damaligen Aktiven bestehen auch auf privater Ebene weiter.

Um Ossi besser unterstützen zu können, und in der Folge die Informationen (auch z.B. über Haftbedingungen) zu verbreiten und Solidaritätsaktivitäten koordinieren zu können, haben wir im Januar 1994 ein internationales Alarmnetzwerk begründet, das bis heute (zusammen mit der WRI) existiert. Dabei werden bei Bedarf auch die jeweiligen Kontakte zu Medien und Politik aktiviert.

SKD Istanbul / VR-DER

Am 1. September 1993 wurde von 40 Leuten der Istanbul SKD gegründet und am 17. Mai 1994, also kurz nach Aktivitäten zur Kriegsdienstverweigerung, wurden vier Aktive verhaftet und der Verein geschlossen. Zum 1. September wollte man ihn erneut gründen, was die Polizei aber verhinderte.

Erst 2013 konnte der VR-DER (Vicdani Ret Derneği/Verein für Kriegsdienstverweigerung) in Istanbul erneut entstehen. Er ist heute der einzige in der Türkei. Wir haben guten Kontakt zu ihm.

Internationale Solidarität

1993 gab es auch erstmals Kontakte der damals in Deutschland existierenden Beratungsstelle für griechische Kriegsdienstverweigerer mit denen in der Türkei. Auch beim ICOM 1997 auf der griechischen Insel Ikaria kam es zu Kontakten. Darüber kam es zu einem gemeinsamen Verständnis und dazu, dass sich Kriegsdienstverweigerer aus der Türkei und Griechenland z.B. bei Prozessen unterstützten. Kriegsdienstverweigerer aus der Türkei engagierten sich auch z.B. 2009 für solche in Israel mit einem Protest vor der Botschaft. Aus dieser Solidarität entwickelte sich das *Mediterrane Treffen zur Kriegsdienstverweigerung*, das 2014 auf Zypern stattfand, mit Teilnehmer*innen unter anderem aus Zypern, Nordzypern, Griechenland, Israel, Palästina und Ägypten. Daraus hat sich dann eine Plattform für die gegenseitige Unterstützung entwickelt.

Prozessbeobachtung/Delegationen

„Allein machen sie dich ein“ sang die Band *Ton Steine Scherben*. Das trifft in besonderer Weise auf Kriegsdienstverweigerer zu. Ist das Leben in einer militarisierten Umwelt schon schlecht auszuhalten, so ist von der geballten Macht von Staat, Militär und Justiz durchweg nichts Gutes zu erwarten. Es braucht eine Gruppe, die unterstützt. Es braucht Öffentlichkeit. Das alles muss schon lange vor der Verweigerungserklärung organisiert werden. Dann kann, darauf aufbauend, internationale Solidarität erfolgen. Auch wenn es sich nach dem Aktion-Wirkung-Theorem nicht 1:1 nach-

weisen lässt, aber wir haben festgestellt, dass sich doch immer wieder was bewirken lässt – und sei es nur, dass sich der Einzelne gestärkt fühlt. Da sind zwar vor allem Unterschriftensammlungen zu nennen, Petitionen, Faxaktionen, Mahnwachen vor Botschaften und Konsulaten, am besten koordiniert in mehreren Städten gleichzeitig oder gar in mehreren Ländern. Besonders wichtig erscheint mir aber die physische Präsenz von internationalen Delegationen vor Ort zu sein, die in der Regel zwar auch nicht viel direkt bewirken, aber doch einen Unterschied ausmachen können. Prozessbeobachtung ist durchaus keine einfache Sache nach dem Motto, da fliegt man hin, ist als Ausländer*in sicher, hält die Fahne hoch und berichtet dann zuhause darüber.

Es gibt gegen Kriegsdienstverweigerer eine Vielzahl von Verfahren – aber man kann nicht bei allen anwesend sein. Dabei werden die Termine oft vertagt. Und dann finden die Verhandlungen auch nicht immer in den großen Städten mit Flughafen statt. Oftmals sind noch 1.000 km mit dem Bus zurückzulegen.

Wenn also aus der Türkei eine Anfrage kommt, ob nicht eine internationale Delegation einen bestimmten Prozess beobachten könnte, dann beraten wir meist auch auf internationaler Ebene und versuchen möglichst unterschiedliche Personen aus verschiedenen Ländern zu organisieren. Das kann für diese auch durchaus gefährlich sein. Manchen könnten schon an der Einreise gehindert werden. Darum ist es schon im Vorfeld wichtig, zuhause die entsprechende Infrastruktur herzustellen, mit Notfall-Telefon, Kontakten zum Auswärtigen Amt usw. Zugleich muss aber auch die Struktur in der Türkei selbst klar sein: Wer begleitet die Delegation, wen trifft sie, wer übersetzt?

Bir İnsan Hakkı Olan Vicdani Ret İçin! Vicdani Retçi Mehmet Tarhan'a Özgürlük!

Vicdani retçi Mehmet Tarhan, 8 Nisan 2005 günü isteği dışında askere götürülmek için İzmir'de gözaltına alındı. Tarhan, vicdani nedenlerle her türlü askerlik hizmetini reddediyor. Ayrıca eşcinsel olmasından dolayı cürüğe ayrılmak istemediğini de net olarak duyurdu.

Mehmet Tarhan'a "toplular karşısında emre itaatsizlikte ısrar" suçlamasıyla dava açıldı. Bundan da öte, Sivas Askeri Cezaevi'nde başka tutuklularca kötü muameleye uğradı, haraca bağlandı ve ölümlerle tehdit edildi.

Mehmet Tarhan, 9 Haziran günü tahliye edildi. Ancak doğrudan askeri yetkililere teslim edilerek yeniden birliğe gönderildi. Kendisine karşı "emre itaatsizlikte ısrar" suçlamasıyla bir dava daha açıldı. Daha önce de benzer vakalarda böylesi bir döngü yaşanmıştı.

AB üyesi ülkeler vicdani redde ilişkin yasal düzenlemelere gittiler. Türkiye ise, Avrupa Konseyi, Avrupa Parlamentosu ve Birleşmiş Milletler İnsan Hakları Komisyonu'nun bir insan hakkı olan vicdani redde ilişkin tanımladığı kriterleri görmezden gelmeye devam ediyor.

Bu nedenlerden ötürü aşağıda imzası bulunan kurumlar ve kişiler olarak vicdani retçi Mehmet Tarhan'ın gördüğü kötü muameleyi en ağır biçimde kınıyoruz.

İmzacı kurum ve kişiler olarak, Türkiye Cumhuriyeti'ni Mehmet Tarhan'ı zaman yitirmeksizin serbest bırakmaya ve vicdani reddi bir insan hakkı olarak tanımayaya çağırıyoruz.

İMZACI KURUM VE KİŞİLER

Aachener Friedenspreis, Almanya

amnesty international, Almanya

Antrazna Kampanja Hrvatska, Hırvatistan

ARBE für Wehrdienstverweigerung & Gewaltfreiheit, Avusturya

Association of Greek COs, Yunanistan

attac Schorndorf, Almanya

Bildungswerk der DFG-VK Hessen, Almanya

Comité Louis Lecoin, Fransa

Connection e.V., Almanya

Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte Kriegsdienstgegnerinnen

(DFG-VK), Federal Büro, Hessen ve Rheinland-Pfalz Eyalet Büroları,

Hannover Grubu, Almanya

Eritrean Antimilitarist Initiative, Eritre / Almanya

European Bureau for Conscientious Objection (EBCO)

Ev. Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer (EAW),

Almanya

Forum voor Vredesactie, Belçika

Friedenszentrum e.V. Braunschweig, Almanya

graswurzelrevolution, Almanya

Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (IsoA), İsviçre

IKKEVOLD, Norveç

Infoblade Schreibe, Lüksemburg

Iniciativa Angolana Antimilitarista para os Direitos Humanos (IAADH),

Angola / Almanya

Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär, Almanya

Komitee für Grundrechte und Demokratie, Almanya

Kürt ve Türk Savas Karşıtan İhtilafı (KTSK), Türkiye / Almanya

Military Counseling Network, ABD / Almanya

Mouvement de l'Objection de Conscience, Fransa

New Profile, İsrail

Norsk Fredssenter, Norveç

Ohne Rüstung Leben (ORL), Almanya

Pais, Hollanda

Quaker Council for European Affairs

Transnational Foundation for Peace and Future Research, Norveç

Türkiyeli Vicdani Retçiler, Türkiye

Union Pacifiste de France, Fransa

War Resisters' International (WRI)

War Resisters' League, ABD

Women in Black, Sırbistan & Karadağ

Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer aus

Gewissensgründen e.V., Almanya

Cem Özdemir, Avrupa Parlamentosu

Claudia Roth, Almanya Federal Parlamentosu

Markus Meckel, Almanya Federal Parlamentosu

Tobias Pfleger, Avrupa Parlamentosu

Uta Zapf, Almanya Federal Parlamentosu



bilgi@savaskarsitleri.org Daha fazla bilgi için bkz. www.savaskarsitleri.org (Türkçe), www.wri-irg.org (İngilizce), www.Connection-eV.de (Almanca)

Anzeige zur Unterstützung
des Kriegsdienstverweigerers
Mehmet Tarhan in der Cum-
huriyet im Juli 2005

Zum Internationalen Tag der Kriegsdienstverweigerung, im Mai 1994, sollte es nicht nur eine öffentliche Verweigerung in Frankfurt, sondern parallel dazu auch eine in Istanbul geben. Um letztere zu unterstützen fuhren Gernot Lennert und Christian Axnick von der DFG-VK Hessen mit Volker Thomas vom Darmstädter Signal, einer Organisation kritischer Soldaten, nach Istanbul. Die Versammlung mit über 100 Teilnehmer*innen wurde auf Geheiß des Innenministeriums aufgelöst, Leute festgenommen und der Verein verboten. Verhaftet wurden auch die drei Deutschen. Später ließ man sie zwar frei, behielt aber die Papiere ein, bis zum Prozess vor dem Militärgericht. Gut, dass es das Alarmnetzwerk gab – und es funktionierte. Die Drei konnten schließlich drei Wochen später das Land verlassen.

Von großem Wert für die Solidarität sind auch verschiedenste gegenseitige Besuche. In den vergangenen Jahren hat es bestimmt Dutzende davon gegeben, sowohl auf individueller Ebene, aber auch organisiert. Besonders sinnvoll hat sich eine Mitarbeit über längere Zeit herausgestellt, um nicht nur die Aktiven kennenzulernen, sondern auch ihre Arbeitsweise.

Rundreisen

Kriegsdienstverweigerer müssen in der Türkei in der Illegalität leben. Da sie keine Papiere haben, können sie auch nicht legal ausreisen. Um auf ihre Situation aufmerksam zu machen und um Solidarität für sie zu organisieren kommt deshalb den Unterstützer*innen diese Aufgabe zu. So kam es immer wieder zu Einladungen von anderen Aktiven des SKD, von Anwälten, aber auch von Verweigerern, die noch gültige Papiere hatten. So plante z.B. die DFG-VK Nordrhein-Westfalen für Januar 98 den Kriegsdienstverweigerungsanwalt Ahmet Hür und den Verweigerer Arif Hikmet Iyidoğan für zwei Wochen nach Deutschland und in die Niederlande einzuladen. Schon Monate vorher hatte man sich Gedanken gemacht, wie deren Programm aussehen könnte. Klar, Besuche bei Gruppen der DFG-VK mit öffentlichen Veranstaltungen, *Connection e.V.*, *Pro Asyl*, *Republikanischer Anwälteverein*, *medico international*, das *Europäische Büro für Kriegsdienstverweigerung (EBCO)*, die *War Resisters' International* in London, Parlamentarier aller Parteien, Justizministerien, Auswärtiges Amt, Europaparlament ... Sicherlich hat sich nicht alles verwirklichen lassen und bestimmt war auch nicht alles erfolgreich. Wesentlich bei solchen Unternehmungen aber ist die Konfrontation mit dem Thema. Und die Besuche sind nicht nur gut, um Informationen zu verbreiten, sondern um dann auch Solidarität zu organisieren. Und sie sind auch wichtig für die Leute aus der Türkei selbst, damit sie eine Vorstellung davon bekommen, wer wir sind, wie wir arbeiten und was machbar ist oder eben nicht.

Zeitungen/Broschüren

Im Laufe der Zeit entstanden im Zusammenhang mit der Kriegsdienstverweigerung auch etliche Zeitungsprojekte. Diese wurden entweder von Kriegsdienstverweigerern selbst oder in Zusammenarbeit mit Unterstützer*innen gegründet. Sie hatten für die Propagierung der Ideen, den Austausch und den Zusammenhalt der Aktiven einen enormen Wert. Der SKD gab in den ersten beiden Jahren die Zeitschrift „Bakaya“ (Dienstflüchtiger) heraus, eine Zeitschrift mit einer explizit antimilitaristischen Ausrichtung, die von Aziz Koşgin auch in Deutschland mit vertrieben wurde. Von Januar 1994 bis Ende 1995 erschien die wirklich beeindruckende „Savaş karsı Barış“ (Krieg gegen Frieden), mit 15 Ausgaben in einer Auflage bis zu 2.500. Dann wurde sie beschlagnahmt, die Herausgeber verhaftet und ihnen der Prozess gemacht. Es entstand 1996 auch noch die Zeitung „nisyan“ (Vergessen), über die mir nicht mehr bekannt ist. In Deutschland gab es ab März 2001 vier Ausgaben „otkökü“ (Graswurzel, türkisch/deutsch), im Wesentlichen ein Projekt Osis, als Beilage der Zeitung „graswurzelrevolution“ und wir produzierten ab Februar 1994 monatlich KIRIK TÜFEK (Das zerbrochene Gewehr), in der wir in Deutsch vor allem über Kriegsdienstverweigerung und ihre Bewegung berichteten.

Zur Orientierung der hier lebenden Kriegsdienstverweigerer war sicherlich die 1990 von der DFG-VK Nordrhein-Westfalen herausgegebene Broschüre „Askere gitme! – Geht nicht zum Militär!“ von Bedeutung. 1996 entstand die Broschüre „Lasst uns den Militärdienst verweigern“, in Deutsch und Türkisch.

Berichte über Aktionen und Fälle fanden sich immer auch in der Zivil-Courage und der graswurzelrevolution. Aber auch die (normalen) Tageszeitungen wie tageszeitung, junge Welt, Jungle World, Frankfurter Rundschau, Welt, Süddeutsche Zeitung berichteten oft in wirklich seriösen und ausführlichen Artikeln.

Heute werden die meisten Aktivitäten, Erklärungen und Veröffentlichungen online gestellt. Die wichtigste Website für die Kriegsdienstverweigerung in der Türkei ist die von *Vicdani Ret Derneği* (www.vicdaniret.org). Hintergrundinformationen und mehr findet sich auch auf den Webseiten der *War Resisters' International* (www.wri-irg.org/en/programmes/turkey-stop-cycle-violence) und bei *Connection e.V.* (www.Connection-eV.org/CO_Turkey)

Finanzen

Es dürfte klar sein: Wer aus der Türkei geflohen ist und nicht arbeiten darf, hat kein Geld. Und wer in der Türkei in der Illegalität leben muss, ebenfalls nicht. Und ebenso ist das dann auch bei den entsprechenden Organisationen. Deshalb haben nicht nur wir für bestimmte Projekte immer wieder Geld gesammelt sondern 2007 ein extra-Solidaritätskonto für diese Arbeit eingerichtet. Da kommt zwar Geld, aber es reicht nicht.

Broschüre

Protection from Afar - Schutz aus der Ferne

Die Broschüre gibt Einblicke und Ratschläge, wie Unterstützer*innen in Fällen von Verfolgung und/oder Bedrohung der Sicherheit von Aktivist*innen in der Türkei reagieren und Schutz geben können. 2020, englisch.

[Download](#)

So haben wir schon früh zusammen mit den Leuten aus der Türkei überlegt, welche „Töpfe“ wir anzapfen könnten. Da wir in diesem Bereich schon lange Erfahrung haben, kam es auch schon mal zu einem Fundraisingseminar. Gerne stellen wir bei neuen Projekten auch unsere Erfahrung und unsere Kontakte zur Verfügung.

WRI-Arbeitsgruppe „Stoppt den Kreislauf der Gewalt“

Zu Beginn der gewalttätigen Auseinandersetzungen in der Südosttürkei 2015/16 wandten sich einige der Aktiven in der Türkei an uns und baten um internationale Unterstützung gegen den Krieg. Daraufhin gründete sich unter dem Dach der *War Resisters' International* (WRI) eine internationale Arbeitsgruppe, die sich aus Mitgliedern von *Connection e.V.*, *Bund für Soziale Verteidigung* (BSV), *Internationaler Versöhnungsbund* – österreichischer Zweig, *La Transicionera* (Spanien) und Aktivist*innen aus der Türkei zusammensetzte. Die Arbeitsgruppe rief dazu auf, den Kreislauf der Gewalt in der Türkei zu stoppen. Sie organisierte eine Unterschriftenkampagne, schickte eine Delegation in das Kriegsgebiet, begleitete einige Strafverfahren gegen Menschenrechtsaktivist*innen in der Türkei und veröffentlichte verschiedene Broschüren und Artikel, um auf die Situation im Südosten und die prekäre Lage der Menschenrechtsaktivist*innen aufmerksam zu machen und sie auf diese Weise zu unterstützen. Zuletzt veröffentlichte sie eine Broschüre, wie Menschen in der Türkei von außen, also aus anderen Ländern heraus, unterstützt werden können, die von Haft und Strafverfahren bedroht sind.

Solidaritätsarbeit heute

Überspringen wir die nächsten Jahre und kommen zu der Situation heute. Vieles ist ja schon angeklungen, es soll nicht wiederholt werden. Darum nur Neues.

In Deutschland gibt es noch immer Kriegsdienstverweigerer aus der Türkei im Asylverfahren, die wir unterstützen, aktuell Beran Mehmet Işçi und Onur Erden. Wir bereiten zusammen mit ihnen und ihren Anwalt*innen die jeweils nächsten Schritte des Verfahrens vor. Wir versuchen eine Unterstützungsinfrastruktur in der Gegend, in der sie leben, aufzubauen und Pressekontakte und öffentliche Auftritte, z.B. beim Ostermarsch, zu organisieren.

Kriegsdienstverweigerer aus der Türkei, auch wenn sie nur die deutsche Staatsangehörigkeit haben, können allein aufgrund von Posts oder Likes in den Sozialen Medien bei einem Besuch z.B. ihrer Verwandten in der Türkei jederzeit festgenommen werden. Gerade ist das İlhami Akter - er hat 1993 verweigert - widerfahren, der dann auf eigene Faust über Georgien floh. Auch in diesem Fall versuchten wir mit einer Solidaritätsgruppe aus Hamburg, wo er wohnt, alle uns zur Verfügung stehenden

Kontakte (z.B. Bundestagsabgeordnete, Auswärtiges Amt, Hamburger Bürgermeister) auszunutzen um ihm behilflich zu sein. Nun ist er glücklich wieder hier und schreibt gerade an einem Buch über sein Schicksal, wobei wir ihm behilflich sind.

Der VR-DER arbeitet schon seit Jahren vor allem in drei Bereichen:

1. Beratung und Unterstützung von aktuellen Kriegsdienstverweigerern, mit entsprechenden Aktionen 2. International Druck entwickeln, für die Anerkennung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung, und 3. Zur Lage der Militärdienstpflichtigen („Selbstmorde“). Und schließlich gibt es da

noch verschiedene Anklagen gegen den Verein und Aktive des Vereins. Gerade verfolgt man die Idee, erneut Druck aufzubauen für die

Anerkennung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung.

Ein *Bulletin Kriegsdienstverweigerung* wird nun alle zwei Monate herausgegeben. Für den Verein haben wir eine Extra-Spenden-Kampagne entwickelt. In all diesen Bereichen arbeiten wir meist über Videokonferenzen zusammen.

Auf internationaler Ebene gibt es derzeit eine gute Zusammenarbeit mit Kriegsdienstverweigerern aus der Türkei, die in andere Länder (Zypern, Frankreich, Deutschland) geflohen sind und dort einen gesicherten Aufenthaltsstatus haben, wobei z.B. dieses „Buch-Projekt“ entstanden ist. Auch hier erfolgt die durch das Corona-Virus eingeschränkte Kommunikation vorwiegend über Video-Konferenzen.



15. Mai - Internationaler Tag der Kriegsdienstverweigerung

Rück- und Ausblick

Im Laufe der Zeit haben sich in Deutschland eine kaum noch zu überschauende Anzahl von Gruppen und Organisationen für Verweigerer aus der Türkei eingesetzt. Da sind in erster Linie natürlich die Selbstorganisationsansätze zu nennen, mit Gruppen in Frankfurt, Aachen, Dortmund, Kassel, Hamburg, Berlin... Dann die Zusammenarbeit mit den Ortsgruppen der DFG-VK, Landesverbänden (wobei besonders viele Aktivitäten in Frankfurt/Hessen, Dortmund/Nordrhein-Westfalen und

Hamburg zu verzeichnen waren) und dann auch dem Bundesverband. Aber auch die *Kampagne gegen die Wehrpflicht* (Berlin), die *Selbstorganisation der Zivildienstleistenden* und die Totalverweigerer mit ihrer Zeitschrift „Ohne uns“ und die Beratungsstellen für Kriegsdienstverweigerer der Kirchen waren immer wieder mit dabei. Grundsätzliches Interesse an dem Thema zeigten auch einige Organisationen der Friedensbewegung, neben den schon genannten z.B. *IdK Berlin* (Internationale der Kriegsdienstverweigerung), *Zentralstelle Kriegsdienstverweigerung*, *Internationaler Versöhnungsbund*, *Bund für Soziale Verteidigung*, *Graswurzelgruppen*, *Greenpeace*, *Ohne Rüstung Leben*, *Kurve Wustrow*.

Wenn es darum ging, jemanden im Asylverfahren zu unterstützen, tat sich in der Regel ein ganz anderes Spektrum auf: Asyl- und Menschenrechtsorganisationen wie z.B. *Pro Asyl*, *Komitee für Grundrechte und Demokratie*, *Republikanischer AnwältInnenverein*, *kein mensch ist illegal*, Flüchtlingsräte – und auf der Ortsebene, besonders wenn jemand abgeschoben werden sollte: Von der Schulklasse über die Pfarrgemeinde (Pax Christi), dem Fußballverein bis zum Bäckermeister war alles dabei. Selbstverständlich waren fast alle Kriegsdienstverweigerungsorganisationen in den europäischen Ländern - und auch darüber hinaus - in der Solidaritätsarbeit aktiv, z.B. besuchte der US-Vietnamkriegs-Veteran Greg Payton unsere Freund*innen in der Türkei und hinterließ dort mächtig Eindruck. Sie berichteten laufend über die Einzelnen und machten auch selbst Aktionen. Zentral für den Austausch und die weltweite Verbreitung der Informationen sind die *War Resisters' International* (WRI) mit Sitz in London, wo derzeit der Arbeitsbereich zur Kriegsdienstverweigerung von einer Person aus der Türkei koordiniert wird. Über die dortige Arbeitsgruppe Türkei-Kurdistan werden vor allem weltweite Solidaritätskampagnen organisiert und internationale Delegationen zusammengestellt. Nicht vergessen werden darf auch EBCO, das *Europäische Büro für Kriegsdienstverweigerung* in Brüssel. Dieses kümmert sich vor allem um das Recht auf Kriegsdienstverweigerung in Europa und dass die rechtlichen Vorgaben auch umgesetzt werden. So macht EBCO Druck auf den Europarat, damit dieser die skandalöse Menschenrechtslage der Kriegsdienstverweigerer in der Türkei nicht vergisst. Es gibt auch gute Kontakte zu dem Verbindungsbüro der Quäker in Genf zur UNO. Dort besteht die Aufgabe darin, das Recht auf Kriegsdienstverweigerung weltweit durchzusetzen. Und da es bei der Kriegsdienstverweigerung auch um Menschenrechte geht, darf in der Aufzählung *amnesty international* nicht fehlen, die z.B. mit *urgent actions* immer wieder weltweit auf die prekäre Situation einzelner Kriegsdienstverweigerer aufmerksam macht. Auch wenn im Bereich der Lobbyarbeit, bei Regierungen, Europaparlament, Europäischer Kommission, Europarat und UNO sicherlich kein schneller Durchbruch zu erzielen ist, so sind aber entsprechende Resolutionen doch auch ein gewisser Druck, mit dem die türkische Regierung sich immer wieder auseinandersetzen muss.

Wie die Erfahrung gezeigt hat, werden in der Türkei nicht nur Kriegsdienstverweigerer verfolgt, sondern auch deren Organisationen und Medien, sowie im Prinzip jede Berichterstattung darüber.

Die Türkei hat, nach den USA, die zweitgrößte Armee der NATO. Sie ist ein Staat im Staat. Und diese Armee wird permanent eingesetzt. Nicht nur, aber vor allem in den kurdischen Gebieten. Und immer mehr jenseits der Grenzen: Nordzypern, Nord-Irak, Syrien, Libyen, Mittelmeer, Aserbaidschan/Armenien – und auch in immer mehr afrikanischen Staaten. Die derzeit 6-monatige Militärdienstpflicht ist dafür eine zwingende Voraussetzung. Während sich die jungen Männer noch vor einigen Jahren relativ unproblematisch dem Dienst entziehen konnten, so ist das heute aufgrund eines besseren Erfassungs- und Meldewesens nicht mehr so einfach möglich. So gab es zu bestimmten Zeiten bis zu einer dreiviertel Million Militärdienstentzieher/Fahnenflüchtige. (2014 meldete das türkische Statistikamt „bis zu 800.000“ Militärdienstvermeider.) Heute sind es noch einige Hunderttausend. Rekrutiert wird, was das Zeug hält. Dazu lediglich einige Zeitungsüberschriften: „Opa der Kompanie“ – 71-Jähriger einberufen (Frankfurter Rundschau - 13.6.05). / 71-Jähriger eingezogen (Die Welt – 5.3.08). / Türkische Armee holt 80-Jährigen zum Dienst (Frankfurter Rundschau – 2.4.11).

Und es wird überall im Land kontrolliert und gefahndet, so wurden z.B. 2013 von Okt. bis Dez. fast 5.000 Militärdienstentzieher bei Kontrollen verhaftet und dieser Gefahr sind natürlich auch die über 1.000 bekannten Kriegsdienstverweigerer ausgesetzt.

Schlussbemerkung: Auch wenn das Recht auf Kriegsdienstverweigerung sicherlich von enormer Wichtigkeit ist, so ist es andererseits – wie die Erfahrungen zeigen – ein Recht, das beantragt werden muss: Nicht jeder bekommt es gewährt. Und der Zivildienst ist quasi eine Bestrafung für die Inanspruchnahme des Rechts. Ein gewisser Fortschritt wäre es, wenn nicht nur universellen Pazifisten das Recht auf Kriegsdienstverweigerung gewährt werden würde, sondern auch die Anerkennung der selektiven Verweigerung möglich wäre, damit z.B. Kurden nicht mehr „auf ihre Brüder“ schießen müssten. Zudem sollten wir im Auge behalten: Das Anliegen der Kriegsdienstverweigerung ist natürlich die Beendigung von Krieg – und dazu gehört die Abschaffung der Wehrpflicht und der Armeen. Erst dann können wir in Frieden leben.

Und natürlich: Kriegsdienstverweigerer, Fahnenflüchtige, Deserteure brauchen Asyl! Am 27. Juni 2007 erhängte sich der aus der Türkei stammende Deserteur Mustafa Alcali in Abschiebehaft in Frankfurt/M. Es gibt noch viel zu tun! ■

Vicdani Ret Derneği



Der Verein für Kriegsdienstverweigerung, *Vicdani Ret Derneği*, wurde 2013 in Istanbul gegründet. Seither ist der Verein aktiv, um Kriegsdienstverweigerer aus der ganzen Türkei zusammenzuführen und für sie Informationsveranstaltungen durchzuführen. Er organisiert regelmäßig öffentliche Aktionen und bietet so neuen Kriegsdienstverweigerern die Möglichkeit, ihre Verweigerung öffentlich zu machen. Dafür wurde wiederholt der Internationale Tag der Kriegsdienstverweigerung, der 15. Mai, als Bezugspunkt genutzt. Der Verein bietet Beratung und Begleitung in Strafverfahren an.

Aufgrund der Aktivitäten des Vereins wurden mehrere Ermittlungen und Strafverfahren gegen Aktive des Vereins eingeleitet. Angesichts der aktuellen Menschenrechtslage in der Türkei ist es den Aktiven des Vereins wichtig, auf internationale Unterstützung bauen zu können.

Der Verein für Kriegsdienstverweigerung ist Mitglied beim *Europäischen Büro für Kriegsdienstverweigerung* (EBCO) und der *War Resisters' International* (WRI).

Vicdani Ret Derneği

Verein für Kriegsdienstverweigerung

Tel.: +90 216 345 0100, dernek@vicdaniret.org

www.vicdaniret.org

Über die Herausgeber*innen

Union Pacifiste de France

Die *Union Pacifiste de France* (UPF) wurde 1961 gegründet. Die Organisation ist unabhängig und heißt alle willkommen, die sich dem Pazifismus, der Ablehnung jeder Armee und jedes Krieges verpflichtet fühlen.

Die UPF tritt für eine einseitige, totale und sofortige Abrüstung ein, eine Idee, die in Frankreich von Louis Lecoin entwickelt wurde.

UPF kämpft gegen jeglichen Militarismus, Waffenhandel, das Abkommen zwischen Militär und Schulen, Atomtests... Sie unterstützt diejenigen, die sich der Armee verweigern: Kriegsdienstverweigerer, Totalverweiger und Deserteure.

Als französische Sektion der *War Resisters' International* steht die UPF in ständigem Kontakt mit Pazifist*innen vieler Länder. Sie gibt das monatlich erscheinende Magazin *Union Pacifiste* heraus

Union Pacifiste de France

BP 40 196
F-75624 Paris Cedex 13
Tel. +33 (0)1 4586 0875
union.pacifiste@orange.fr
www.unionpacifiste.org



War Resisters' International

War Resisters' International (WRI) setzt sich für eine Welt ohne Kriege ein. Wir sind ein weltweites pazifistisches und antimilitaristisches Netzwerk mit über 80 angeschlossenen Gruppen in 40 Ländern. In unserem Handeln orientieren wir uns an unserer Gründungserklärung von 1921: „Krieg ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Deshalb bin ich fest entschlossen, keine Form von Krieg zu unterstützen und danach zu streben, jegliche Ursachen für Krieg zu beseitigen.“

Die WRI fördert die gegenseitige Unterstützung, indem sie Menschen durch Publikationen, Veranstaltungen und Aktionen zusammenbringt, gewaltfreie Kampagnen initiiert und dabei Gruppen und Einzelpersonen vor Ort aktiv einbezieht. Die WRI unterstützt diejenigen, die sich gegen Krieg und seine Ursachen in Frage stellen, und informiert über Pazifismus und Gewaltlosigkeit.

War Resisters' International

5 Caledonian Road,
GB-London, N1 9DX
Tel: +44-20-7278 4040
info@wri-irg.org
www.wri-irg.org



Connection e.V.

Wir setzen uns aktiv für ein umfassendes Recht auf Kriegsdienstverweigerung ein. Wir unterstützen verfolgte Kriegsdienstverweigerer und -verweigerinnen in Zusammenarbeit mit Gruppen und Organisationen, die sich in ihren Ländern gegen Krieg, Militär und Wehrpflicht engagieren.

Die prekäre Situation im Herkunftsland zwingt viele Kriegsdienstverweigerer und -verweigerinnen zur Flucht. Die Verweigerung wird jedoch zu meist nicht als Asylgrund anerkannt. Wir bieten ihnen Beratung und Unterstützung an, damit sie den notwendigen Schutz erhalten. Zudem fördern wir die Selbstorganisation von Flüchtlingen.

Connection e.V.

Von-Behring-Str. 110
D-63075 Offenbach
Tel.: +49 (0)69 8237 5534
office@Connection-eV.org
www.Connection-eV.org



Ihre Spende für Kriegsdienstverweigerer in der Türkei

Kamil Demir, İsmail Güler, Arif Hikmet İyidoğan und viele andere in der Türkei sind Kriegsdienstverweigerer. Nach wie vor wird ihnen das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung verwehrt. Sie müssen bei jeder Straßenkontrolle, bei jedem Hotelaufenthalt, damit rechnen, verhaftet und dem Militär überstellt zu werden. Es ist ein Leben im Geheimen, das sie mit vielen anderen teilen. Insgesamt haben etwa 1.000 Personen öffentlich ihre Kriegsdienstverweigerung erklärt, weitere Hunderttausende entziehen sich dem Militärdienst und leben illegal im eigenen Land

Die Türkei ist das einzig noch verbliebene Land des Europarates, das die Kriegsdienstverweigerung nicht anerkennt. Kriegsdienstverweigerer sehen sich ein Leben lang der Strafverfolgung und einem Leben ohne bürgerliche Rechte ausgesetzt.

Vicdani Ret Derneği, der in Istanbul anässige Verein für Kriegsdienstverweigerung, startete eine neue Kampagne, um endlich das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung durchzusetzen. Schon zu lange verweigert sich die Türkei internationalen Resolutionen und Urteilen europäischer Gerichte. Zuletzt hatte das Ministerkomitee des Europarates, das über die Umsetzung der Urteile des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte wacht, von der Türkei gefordert, die Strafverfolgung von Kriegsdienstverweigerern einzustellen, den Betroffenen Entschädigungen zu zahlen und das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung anzuerkennen.

Bitte um finanzielle Unterstützung

Angesichts der aktuellen Menschenrechtslage in der Türkei ist es den Aktiven des Vereins wichtig, auf internationale Unterstützung bauen zu können. Eine solch breit angelegte Kampagne kostet auch Geld. Und so bittet *Vicdani Ret Derneği* um Unterstützung. Spenden werden von *Connection e.V.* gerne weitergeleitet. Abzugsfähige Spenden erbitten wir unter dem Stichwort „KDV Tuerkei“ an:

IBAN DE48 3702 0500 0007 0857 00, BFSWDE33XXX.

Herzlichen Dank.



www.Connection-eV.org